Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg. vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 80 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 42 | Danzig, Sonnabend den 20. Oktober 1917 | 8. Jahrgang

Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg

Würzburg, 14. Oktober 1917.

Ueber 4 Jahre nach dem letzten deutschen Parteitag zu Jena hat sich heute in Würzburg die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie zu ernsten und wichtigen Beratungen versammelt, später als sonst im Jahre. Der Herbst läßt die Wälder auf den Bergen rings um die Stadt in allen Farben leuchten. Der große Hofgarten bietet ein wunderbares Bild. Wir sind in der Hauptstadt des Kreises Unterfranken und Aschaffenburg, wo einst die Fürstbischöfe auch als weltliche Herren regierten. Erst 103 Jahre gehört Würzburg zu Bayern. Süddeutscher Geist umgibt uns.

Der große Saal des Huttenschen Gartens, ein Gebäude unweit des Stadtzentrums, in einem Stil, der den prachtvollen Rokkokobauten angepaßt ist, die Würzburg neben 26 Kirchen zieren, ist der Sitz des Parteitags. Gestern hat hier in einem der vielen kleineren Säle der Parteiausschuß getagt. Heute vormittag drängten sich hier wohl 2000 Mann, wenn nicht mehr, um Scheidemann zu hören.

Rot und weiß ist der Saal geschmückt, das fränkische Wappen blickt oberhalb der Türen herunter, Bebels Bild vom Rednerpult. Hunderte von Zuhörern sind auf der Galerie, von der die Fahne der Würzburger Parteiorganisation niederhängt. Wilhem Liebknecht hat das Banner 1896 geweiht. An langen Tischen haben die Delegierten, etwa 350 an der Zahl, Platz genommen und es gibt für viele von ihnen das erste Wiedersehen seit Jena. Mancher fehlt, den man sonst auf dem Parteitag zu sehen gewohnt war. . . . Vor allem gedenken wir an diesem Abend des unvergeßlichen Ludwig Frank, des unvergeßlichen Vorkämpfers deutsch-französischer Verständigung, den eine französische Kugel dahinraffte, als er mit seinen Mannheimern eine feindliche Stellung angriff.

Die Arbeitersänger von Würzburg und Schweinfurt begrüßten mit Chören die Versammlung. Die Schlußworte des einen Liedes: „Die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschenherz!" machten tiefen Eindruck. Es ist die alte Kampfesfreude und Zuversicht, die uns entgegenklingt und uns neuen Aufschwung verleiht über alle Not und Widerwärtigkeiten der Zeit.

Namens des Parteitagskomitees heißt Magistratsrat Freudenberger die Delegierten herzlich willkommen. Er erinnert daran, daß schon 1914 die Parteitagsvorbereitungen in vollem Gange waren, als das entsetzliche Unglück des Weltkrieges die Welt in Flammen setzte. Alle Theoretiker lehrten, daß ein solcher Zusammenstoß der entfesselten Verschwörungskräfte nur von kürzester Dauer sein könnte, leider erwies sich diese Lehre als falsch und im vierten Jahre des Weltkrieges erst treten die Abgesandten des deutschen Proletariats hier zusammen, um aus dem Weltkriege die Folgerungen für unsere Theorie und Praxis zu ziehen.

Würzburg ist nicht alter Boden der Parteigeschichte und Parteitradition, aber es ist durchtränkt vom Geiste deutscher Demokratie. Hier predigten Hänflein und Florian Geyer, daß Arbeiter und Bauern sich die Hand reichen möchten, um materielle Ausbeutung und geistige Versklavung zu überwinden. Im Geiste dieser deutschen Demokratie haben wir einen hartnäckigen Kampf gegen die schleichende Gewalt des Zentrums in festgefügter Organisation geführt. Im Jahre 1912 haben wir hier eines der stärksten Bollwerke des deutschen Zentrums erstürmt, die alte Bischofsstadt Würzburg, und haben darauf ein Landtagsmandat und zahlreiche Sitze in der Gemeindevertretung erobert. (Bravo!) Seither hat auch hier die Partei schwer unter dem Weltkrieg gelitten. Den Opfern des Krieges, die in fremder Erde ruhen, widmen wir in unauslöschlicher Dankbarkeit ein stilles Gedenken. Auch denen, die an der Front die Heimat verteidigen, ist unser ewiger Dank gewiß; denn nur, wer **die Verheerungen und Verwüstungen des Krieges aus eigener Anschauung kennt, weiß zu schätzen, was die Unversehrtheit von Heimat, Herd und Hof bedeutet.** (Sehr wahr!)

Unsere Dankbarkeit gegen tote und lebende Kämpfer

bringen wir in unserer eifrigen Friedensarbeit zum Ausdruck. Dabei stoßen wir auch hier auf die lärmende Gegenagitation der Eroberungspolitiker; aber ich darf Ihnen sagen, daß deren Treibereien hier allgemein mit dem größten Unbehagen aufgenommen werden. (Bravo!) An der Spitze dieser Bewegung steht hier der Direktor des größten Munitionsbetriebes (Heiterkeit. Zurufe: Natürlich!), Schuldirektoren, Lehrer und Beamte, die durch ihr Alter längst über die Hilfsdienstpflicht hinaus sind, geben seinen willigen Chor ab. Man unterschätze die Bedeutung von Schwerindustrie, Hochfinanz und fränkischem Großadel in ihrer Koalition nicht. Sie haben 1907 die Volksstimmung gefälscht und suchen es jetzt wieder zu erreichen. Darum sind wir hier in einer Waffenschmiede vereinigt, um zum künftigen schweren Kampf gestählt zu werden. Mancher wackerer Parteigenosse, dessen Name sonst mit der Parteigeschichte eng verwachsen ist, steht heute leider abseits. Trotzdem werden die Verhandlungen vom Geiste kameradschaftlicher Treue, parteigenössischen Empfindens und unzerstörbaren Zusammengehörigkeitsgefühls getragen werden. Auf Ihnen lastet eine große Verantwortung nach innen und außen. Vivos voco, mortuos plango — unsere Arbeit den Lebenden, unser Gedenken den Toten! Glück auf zur Tagung! (Lebhafter Beifall.)

Eberts Eröffnungsrede

Parteivorsitzender **Ebert** dankt den Würzburger Genossen für ihre herzliche Begrüßung und die ausgezeichnete Vorarbeit für den Parteitag. Er rühmt die Erfolge der Sozialdemokratie in Würzburg und ganz Bayern und fährt dann fort: Von dem letzten Parteitag trennen uns vier Jahre des furchtbarsten Völkermordens. Ein Meer von Blut und Tränen, dumpf und schwer, lastet auf uns wie Schatten des Todes. Unsäglich groß ist die Zahl der Freunde, die der Krieg aus unseren Reihen gerissen hat. (Die Delegierten erheben sich und hören stehend den tief empfundenen Nachruf an, den Ebert den im Felde gefallenen Genossen widmet.) Dann führt Ebert weiter aus: Alle Völker beseelt heute

tiefster leidenschaftlicher Wille zum Frieden.

Ihnen allen brennt die Frage auf der Seele, wie wir am raschesten zum Frieden kommen. (Lebhaftes Sehr richtig!) An dieser Tatsache können auch die Treibereien der Eroberungspolitiker nichts ändern. Natürlich kann keine Partei die Waffen niederlegen, solange die andere in ungehemmter Eroberungslust weiterstürmt. Solange die Gegner nicht zum Frieden bereit sind, stehen wir weiter zur Verteidigung unseres Landes. (Bravo!) **Aber auf der anderen Seite fordern wir unbedingt klare und feste Friedensarbeit, frei von jeder Zweideutigkeit.** (Lebhafte Zustimmung.) Die Völker der feindlichen Länder müssen die Gewähr haben, daß wir einen gerechten Ausgleich wollen, dann werden sie friedensgeneigter werden, während gegen Vergewaltigungs- und Vernichtungspläne jedes selbstbewußte Volk mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft den Kampf bis aufs äußerste fortsetzt. (Sehr wahr!) Unsere Gegner im alldeutschen Lager höhnen, daß unsere Friedensarbeit nur Mißerfolge gehabt hätte. Wir hätten uns nicht einmal mit den Sozialisten der anderen Völker verständigt. Wir verkennen nicht die ungeheure Schwierigkeit der Friedensarbeit. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt ist **vergiftet durch Haß, Wahnwitz und Wiedervergeltungspläne. Daran tragen unsere Alldeutschen in hohem Maße die Mitschuld.** (Vielfaches Sehr richtig!) Gerade ihr zügelloses Treiben und skrupelloses Fordern hat zur Aufpeitschung des feindlichen Siegeswillens außerordentlich beigetragen. Wie uns die Welteroberungskarten der Alldeutschen im feindlichen und neutralen Ausland schaden, das haben wir in Stockholm gesehen. Trotz alledem ist unsere Friedensarbeit nicht vergeblich. **Mit der Stockholmer Konferenz ist die Friedensfrage in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen gestellt worden.** (Allseitige lebhafte Zustimmung.) Alle Staatsmänner sind gezwungen worden, zur Friedensfrage Stellung zu nehmen. Erst Stockholm hat die Atmosphäre geschaffen für die

Friedenskundgebung des Reichstags

und die Friedensnote des Papstes. **Die vielumstrittene Reichstagskundgebung war eine Friedenstat.** (Lebhafter Beifall.) Sie wird aus der Geschichte dieses grausigen Krieges immer **hervorleuchten als Appell an Menschlichkeit und Vernunft.** (Sehr gut!) Daß sie in **feindlichen Ländern den Friedenswillen der Völker gestärkt** hat, ist ganz unverkennbar. Die Gewaltmittel der Ententeregierungen und der verzweifelte Schritt der Paßverweigerung reden da eine deutliche Sprache. (Lebhaftes Sehr wahr!) **Die Leiden der arbeitenden Massen** unter dem furchtbaren Kriege sind **in allen Ländern gleich entsetzlich.** So schwierig die Wiederaufrichtung der proletarischen Internationale auch sein mag, das Friedensgeplänkel der Diplomaten stellt die Geduld der Völker auf eine zu harte Probe, deshalb wird die Bewegung für einen Frieden, der in den Völkern selbst verankert ist, notwendigerweise immer stärker werden. **Ein rascher Friedensschluß ist für die Arbeiter aller Länder eine wahre Lebensfrage, die Lebensnotwendigkeit selbst.** (Lebhafte Zustimmung.) Trotz aller Widerstände und Hemmungen wird das **sozialistische Pflichtbewußtsein schließlich über Haß und Verblendung triumphieren.** (Stürmische Zustimmung.)

So wenig wir uns diese Hoffnung entreißen lassen durch die neu proklamierten Eroberungsziele der Entente, so wenig werden wir uns daran hindern lassen, das Treiben einheimischer Politiker gebührend zu brandmarken. In welchem Gewand sie auch auftreten, sie treiben ein frivoles Spiel mit den Interessen unseres Landes. (Lebhafter Beifall.) Die Vorstellung, daß der Friede die Opfer an Blut „lohnen" soll, ist echt kapitalistisch. Aus der

Vorstellung des Geschäftemachens

selbst genommen. Alles Lohn- und Kontributionenfordern müßte die Weltkoalition gegen uns zusammenschweißen, während ihre Auflösung eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. **Den besten Schutz gegen künftige Angriffe bietet die Verständigung mit dem Nachbar.** (Sehr gut!) **Mit der Politik der gepanzerten Faust wird nach dem furchtbar Entsetzlichen dieses Krieges endgültig aufgeräumt werden.** (Stürmischer allgemeiner Beifall.) Kein Volk wäre danach noch imstande, die Rüstungslast zu tragen. Nur die Sicherung des Friedens durch internationale Rechtsgarantien läßt den Völkern noch die Lebensmöglichkeit. (Sehr wahr!) Auch die künftige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands läßt sich nur durch den Verständigungsfrieden sicherstellen. (Sehr richtig!) **Könnte das Volk heute abstimmen, neun Zehntel würden den Verständigungsfrieden gutheißen.** Wir berufen uns bei unserer Friedensarbeit mit Recht darauf, **daß die große Mehrheit unseres Volkes in der Heimat und an der Front hinter uns steht.** (Allgemeine Zustimmung.) In diesem Bewußtsein werden wir auch künftig alle Kraft einsetzen gegen Eroberungs- und Vergewaltigungspläne **für einen Frieden des Rechts und der Verständigung.** (Stürmischer Beifall.)

Unsere innerpolitischen Verhältnisse sind durch die letzten Reichstagsverhandlungen grell beleuchtet worden. (Sehr wahr!) Wenn durch sie Schaden für die deutschen Interessen angerichtet worden ist, so trifft die Verantwortung dafür allein die Regierung. (Allgemeiner stürmischer Beifall.) Der Mann, der das stolze Wort gesprochen hat, ich lasse mir die Führung nicht aus der Hand nehmen, (Schallendes Gelächter) ist kein Führer; sein Ungeschick stürzte ihn von einer peinlichen Situation in die andere. Der einzige Erfolg seiner dreimonatigen Probezeit ist **ein großer Haufen von Scherben.** (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben im Reichstag mit genügender Deutlichkeit gesagt, wie wir zu der Regierung Michaelis, Helfferich und Capelle stehen.

Diese Kampfansage bleibt bestehen

und die Verhandlungen unseres Parteitages werden sie noch kräftig unterstreichen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Das Kapitel Michaelis ist der **Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems.** (Sehr wahr!) Es hat dringend dargetan, daß **die Demokratisierung des Reiches** eine unaufschiebbar gebieterische Notwendigkeit geworden ist. (Sehr wahr!) In so schwerer Zeit dürfen die Reichsgeschäfte nicht länger denen überantwortet sein, **auf deren Wahl das Parlament keinerlei Einfluß hat** (Sehr richtig!), deren Auswahl **vielmehr** geheime Kräfte, Zufälligkeiten und sogar Mißverständnisse entscheidend beeinflußten. Wir brauchen eine **Reichsleitung,** die getragen ist vom Vertrauen der Mehrheit des Volkes, die gewillt ist, eine entschlossene Politik im Sinne des Volkswillens zu führen. (Lebhafter Beifall.) **Wir brauchen eine Regierung mit Mut und Kraft gegenüber der dünnen Schicht skrupelloser Interessenpolitiker** (Stürmischer Beifall), die ihren Einfluß dem Willen des Volkes entgegenstellen. Die Situation erfordert eine Reichsleitung, die tatsächlich führt. Feste Hände müssen die Grenze zwischen politischen und militärischen Aufgaben ziehen. (Lebhaftes Sehr gut!) Der

Militarisierung unserer Politik

muß der schärfste und rücksichtsloseste Widerstand entgegengesetzt werden. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Vor allem muß aufgeräumt werden mit dem Belagerungszustand, dieser unerträglichen politischen Zwangsjacke. (Sehr gut!) Gerade jetzt muß das Wort wahr gemacht werden, daß das Talent freie Bahn haben muß. (Sehr richtig!) Das Dreiklassensystem muß schnellstens und restlos beseitigt werden (Lebhafte Zustimmung), und es wird beseitigt werden, denn **wir werden nicht dulden, daß es bestehen bleibt.** (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Jeder Verschleppungsversuch würde verhängnisvoll für unser Land sein. (Sehr wahr!) Neben dem demokratischen Wahlrecht in Preußen bleibt **kein Raum für das Herrenhaus.** Mit ihm muß gleichfalls aufgeräumt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Aufgaben von höchster Bedeutung werden uns in den nächsten Tagen beschäftigen. Wir werden Rückschau halten auch auf die Kämpfe im Innern der Partei, auf den

Bruch der Parteieinheit,

den wir alle schmerzlich empfinden. Dann werden wir mit verdoppelter Kraft wieder an die Tat gehen, den Blick aufwärts und vorwärts gerichtet zu den gewaltigen proletarischen Aufgaben der Zukunft. Hunderttausende draußen im entsetzlichen blutigen Kampf sehen mit größter Erwartung dem Parteitag entgegen. **Den Männern im Felde, zur See und in den Garnisonen gilt unser erster Gruß, unser heißer Dank.** Vor allem für sie werden wir weiter alle Kraft anspannen zur Förderung der Friedensarbeit, zur Stärkung der Partei nach innen und außen. **Schlägt dann die Stunde, in der das Schicksal unseres Volkes neu geschmiedet wird, dann wird am Amboß des Neuen die Sozialdemokratie ihren Mann stellen.** (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Mit einem Glückauf zu unserer Arbeit erkläre ich den Parteitag für eröffnet.

Der Parteitag konstituiert sich. Zu Vorsitzenden werden Ebert-Berlin und Auer-München einstimmig gewählt. Nach dem neun Schriftführer, neun Mitglieder für die Mandatsprüfungskommission und neun Mitglieder für die Beschwerdekommission gewählt worden sind, wird die Geschäftsordnung, wie sie auf allen Parteitagen gebräuchlich ist, angenommen.

Einstimmig genehmigt wird die vorgeschlagene Tagesordnung, nachdem Ebert erklärt hat, daß sich der Bericht des Parteivorstandes auch auf die Friedensarbeit der Partei und auf Stockholm erstrecken werde.

Beschlossen wird weiter, denjenigen Mitgliedern des Parteiausschusses, die Mandate haben, die Teilnahme am Parteitag mit beratender Stimme zu gestatten.

Als Tagungszeit werden die Stunden von 9 bis 1 und 3 bis 6 bestimmt. Damit sind die Vorarbeiten des Parteitages erledigt. Die Eröffnungssitzung schließt um 8½ Uhr.

1. Verhandlungstag

Vorsitzender Auer eröffnet die Sitzung Punkt 9 Uhr und verliest die eingelaufenen Begrüßungstelegramme. **Mit besonders starkem Beifall wird als erstes Telegramm eines von Feldgrauen an der Westfront begrüßt,** sodann eines von der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, unterzeichnet Victor Adler, ferner von den jüdisch-sozialistischen Organisationen Poale Zion usw.

Sodann erhält zum **Bericht des Parteivorstandes** das Wort Ebert: Ueber den ausgedehnten Zeitraum seit dem letzten Parteitag, erfüllt wie er ist von unerhört intensiver Tätigkeit, ist es unmöglich, auch nur in knappster Form einen annähernd vollständigen Ueberblick zu geben. Ich muß mich unter Verweisung auf unseren schriftlichen Bericht mit einigen herausgegriffenen Punkten begnügen. Der Krieg mußte in jedem Falle die Sozialdemokratie in eine ungemein schwere Lage bringen und bei jeder Stellungnahme eine starke Rückwirkung auch auf das innere Parteileben ausüben. Hatten wir doch da bei jeder neuen politischen Situation innerhalb der Partei gewisse Schwierigkeiten, die mit der Natur und dem Entwicklungsgang der Partei zusammenhängen. In prinzipieller Feindschaft zum Klassencharakter des Staates brauchten wir doch positive Erfolge und Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung, um den **Arbeitern Raum im Staate** zu verschaffen und den kapitalistischen Händen den Hebel der Staatsmaschine allmählich zu entwinden. Nur so konnten die augenblicklichen Arbeiterinteressen wahrgenommen und der Staat den proletarischen Zukunftsaufgaben dienstbar gemacht werden.

In unserer Stellung zum Staate lag stets die Hauptquelle unseres inneren Streites. Wenn man später objektiv und leidenschaftsfrei auf die verschiedenen Etappen des Streites zurückblickte, so mußte man sich immer sagen, es wäre besser, man hätte die Parteidifferenzen weniger leidenschaftlich und weniger erbittert ausgefochten. (Sehr wahr!) Denn die wirtschaftliche und politische Entwicklung ging oft ganz andere Wege, als die Parteitheorie sie wies. Jede Differenz der Partei, so wechselnd die Konstellationen auch waren, wurde auf den Gegensatz: Revisionismus — Radikalismus eingestellt. Jede Meinungsverschiedenheit mit gewissen Vorgängen oder Zeitungen wurde als sträflicher Abfall vom wahren Glauben

verketzert und von dem Vorwurf der Prinzipienlosigkeit und des Verrats blieb kein führender Genosse verschont, auch nicht der jetzige Haupttheoretiker der Unabhängigen, Karl Kautsky. War aber diese Verlästerung und Verketzerung schon in gewöhnlichen Zeiten ganz unrichtig, so war sie wegen der Stellungnahme zum Kriege geradezu absurd. Denn solange es eine Sozialdemokratie gibt, hat man in ihr über die Stellung zu jedem einzelnen Krieg heftig gestritten. Ebert erinnert an den Krimkrieg und an die Meinungsverschiedenheiten Marx-Engels, Bebel-Liebknecht und den Braunschweiger Ausschuß während des deutsch-französischen Krieges 1870/71. Erklärte nicht schon damals der Parteivorstand in seinem Aufruf: „Solange die deutschen Marken vom Feinde bedroht sind, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens verteidigen." (Hört! Hört!) Oder nehmen wir jüngere Beispiele. Im russisch-japanischen Kriege von 1904/05 tadelte Kautsky die japanischen Sozialisten, daß ihre Kriegsbekämpfung tatsächlich auf eine Unterstützung des Zaren hinauslaufe. (Hört! Hört!) Und in seiner Ende des Jahres 1914 herausgekommenen Broschüre „Sozialdemokratie und Krieg" stellt Kautsky all die früheren Streitigkeiten in der Sozialdemokratie dar und fügt hinzu, niemand sei es eingefallen, in dieser oder jener Parteinahme für eine Kriegspartei eine Verletzung der Gebote der internationalen Solidarität oder eine Gutheißung des Krieges an sich zu erblicken. (Sehr gut! Sehr wahr!) Und noch deutlicher setzt er hinzu, daß im Frieden wir Sozialdemokraten jede kapitalistische Regierung bekämpfen, im Kriege aber notwendigerweise auf die Seite einer Regierung treten müßten. Sei diese Regierung die eigene, so müßten wir ihr natürlich auch die Mittel bewilligen. (Hört! Hört!) Daraus geht deutlich hervor, daß die Stellungnahme zum Kriege keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage war. (Lebhafte Zustimmung.) Der Vorwurf des Prinzipienverrats ist leeres, unehrliches Geschwätz. (Lebhafte, allgemeine Zustimmung.) Die solche Vorwürfe erheben, verehren heute Kautsky als ihren geistigen Bannerträger und müssen deshalb selbst die Unhaltbarkeit ihrer Vorwürfe kennen. Aber statt der Wahrheit die Ehre zu geben, trieben sie systematisch mit gehässiger Verleumdung einen Keil in die Parteieinheit. Ebert schildert dann eingehend, wie systematisch die Unabhängigen zur Parteispaltung getrieben haben. Schon als er das „Gebot der Stunde" unterschrieb, stand der Parteivorsitzende Haase in engerer Beziehung zur parteifeindlichen Geheimorganisation als zur Parteileitung. (Hört! Hört!) Es war der erste schwere Schlag gegen die Parteieinheit. Seitdem vernachlässigte die „Neue Zeit" ihre eigentliche Aufgabe immer mehr und widmete sich vor allem der Propagierung der Parteispaltung. (Sehr wahr!) Dort wurde die Fraktionsspaltung theoretisch vorbereitet, obwohl Kautsky selbst gepredigt hatte, daß Disziplin im Kriege das erste Erfordernis auch der Partei sei. (Hört! Hört!)

Unter dem Schweigegebot wurde die Fraktionszerreißung vorbereitet, in offener Reichstagssitzung die Fraktion überfallen. Das konnte sich die Fraktion nicht gefallen lassen. Sie folgte bei ihrer Notwehr nur einem schon von August Bebel formulierten Beschluß. Fraktionsdisziplin muß selbst Zimmerwald walten lassen. Als neun Schweizer Nationalratsmitglieder im Gegensatz zur Mehrheit für die Militärkredite stimmen wollten, wurde ihnen von der Zimmerwald-Mehrheit klargemacht, daß die Fraktion sich nicht lächerlich machen ließe und daß persönliche Liebhaberei und Eigenbrödelei schweigen müsse. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Es ist ja auch ganz klar: man kann nicht die Genossen im Lande zur Disziplin anhalten, wenn die Reichstagsabgeordneten darauf pfeifen. (Sehr wahr!) Der Parteivorstand ergriff alle erdenklichen Mittel, um die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. Er dachte natürlich auch an die Einberufung des Parteitages, aber seine Abhaltung wäre doch nur bei voller gesicherter Redefreiheit möglich gewesen. Diese war jedoch in dieser Zeit nicht zu erlangen. Es war im Gegenteil mit einem Verbot des Parteitages zu rechnen. (Hört! Hört!) So kamen wir nach zahllosen Verhandlungen aller Instanzen

zur Reichskonferenz.

Ihre Zusammensetzung war einwandfrei, die Vertretung den großen Kreisen eher weniger günstig als auf dem Parteitag. Die Proteste gegen den Delegationsmodus der Reichskonferenz waren also lediglich elendes Versteckspiel. (Sehr wahr!) Die Minderheit wollte die Spaltung und arbeitete planmäßig auf sie hin. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch die Beitragssperre hat die Arbeitsgemeinschaft schon seit Anfang 1916 organisiert. Große Teile der Minderheitsbewegung haben seitdem nicht mehr an die Hauptkasse gezahlt. (Hört! Hört!) Schon auf der Reichskonferenz kündigte ein Redner die Gründung einer besonderen Organisation der Arbeitsgemeinschaft an und unmittelbar nach der Reichskonferenz ging man ans Werk. Die Parteileitung wurde für ehrlos erklärt und zu besonderem Zusammenschluß unter Leitung der Arbeitsgemeinschaft aufgefordert. Man wollte eine Organisation in der Organisation, eine Partei in der Partei. Denn obwohl die „Leipziger Volkszeitung" in fettestem Plakatstil jubelte, der Bruch sei endgültig vollzogen, das Tischtuch sei zerschnitten, wollte man in der Partei bleiben. Wir richteten noch einmal in zwölfter Stunde einen dringenden Aufruf zur Einigkeit an die Genossen, aber Starrsinn und Fanatismus setzten sich über die Grundregeln der proletarischen Aktion hinweg. (Zurufe: Leider!) Die Unabhängigen machen für den vollzogenen Bruch die „Gewaltpolitik" des Parteivorstandes verantwortlich. Deshalb stelle ich fest, Nicht in einem einzigen Falle hat der Parteivorstand das Recht der freien Meinungsäußerung angetastet. Ungehindert konnten und können Blätter, die im Besitz der Gesamtpartei sind, für den Standpunkt der Minderheit eintreten. — Nur wenn sie sich in den Dienst einer feindlichen Partei stellten, haben wir zögernd und widerwillig zugegriffen. (Sehr wahr! Zurufe: Viel zu spät!) Oft haben wir den Vorwurf gehört, daß wir frühzeitiger und energischer hätten zugreifen sollen. (Sehr richtig!) Wir wußten das — aber wir griffen nicht eher zu, als wir es mußten, sollte nicht die ganze Partei zu einem Trümmerhaufen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wie steht es nun jetzt um unsere Mitgliederzahl? Unsere Aufstellung rechnet natürlich nur die regelmäßigen Zahler. Die Genossen im Felde sind also in unserer Aufstellung ausnahmslos nicht einbezogen. Damit verfahren wir statutengemäß. Aber wir wollen damit natürlich nicht sagen, daß sie aus der Partei ausgeschieden und ihr geistig fremd geworden sind. Im Gegenteil halten viele Genossen im Felde uns in bewunderungswürdiger Weise die Treue und stehen mit uns in ständiger Verbindung. Wir haben für die Entgegennahme und Erledigung der Wünsche und Beschwerden der Feldgrauen eine besondere Einrichtung geschaffen, ein Sekretariat mit dem Genossen Stücklen an der Spitze. Unsere männlichen Mitglieder stehen jetzt im Heere, mindestens 70 Prozent. In manchen Parteiorten sind tatsächlich sämtliche Mitglieder eingezogen. Das erklärt den weitaus größten Teil des Mitgliederverlustes. Infolge der Zersplitterung sind aus der Partei ausgetreten von 58 Kreisorganisationen mit 337 Wahlkreisen 6 Bezirke und 36 Wahlkreise, nämlich Berlin, Halle a. S., Erfurt, Leipzig, Braunschweig und Frankfurt a. M., letzteres ohne die Stadt Frankfurt a. M. Ferner sind ausgeschieden 21 Wahlkreise, im ganzen also 57 Wahlkreise und 21 kleinere Ortsvereine. Aber selbst in diesen ausgetretenen Orten und Bezirken ist uns vielfach die übergroße Masse der Genossen treu geblieben. (Lebhafte Zustimmung.) In ganz Deutschland ist der Organisationsapparat unserer Partei vollkommen intakt. (Lebhafter Beifall.) In Gemeinschaft mit der Presse der Rüstungsindustriellen und der Kriegsverlängerer jubelt die Presse der Unabhängigen über den Rückgang der Parteiorganisation. Sie jubeln zu früh. Aber wenn sie recht hätte, wie sie unrecht hat, was hätte sie schließlich erreicht? Nur die Schwächung der Reihen der Arbeiterklasse! (Lebhafte Zustimmung.) Alles was die Unabhängigen bisher getan haben, hat nur die Macht der Arbeiterklasse geschädigt. (Lebhaftes Sehr richtig!) Jeden Fortschritt der Friedensbewegung und der Neuorganisation des Reiches haben die Unabhängigen geradezu bekämpft. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Die einzige Lebensleistung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist bisher die Schwächung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. (Stürmische Zustimmung.) Gehen wir deshalb mit aller Zuversicht ans Werk, um möglichst bald die Rückschläge auszugleichen. (Beifall.) Der Rückgang der Zahl der organisierten Frauen hängt mit der Haltung der „Gleichheit" zusammen. (Sehr wahr!) Seit dem Redaktionswechsel geht es erfreulicherweise wieder aufwärts. Was die Frauen während der Kriegszeit in der Wirtschaft und für die Partei geleistet haben, muß von uns allen mit voller Dankbarkeit anerkannt werden und verpflichtet uns, mit allem Ernst und aller Kraft künftig die Frauenbewegung zu fördern. (Beifall.) Sehr schwer hat der Krieg naturgemäß den jüngsten Zweig unserer Bewegung mitgenommen, die Jugendbewegung.

Wir arbeiten mit Nachdruck am Wiederaufbau der Jugendorganisation noch während des Krieges.

Nun zu unserer politischen Tätigkeit, die natürlich in engster Verbindung mit der Arbeit der Reichstagsfraktion stand. Vom Anfang des Krieges an haben wir mit allem Nachdruck den Belagerungszustand bekämpft, die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts und Mißgriffe der Zensur zu beseitigen versucht. In der Ernährungsfrage und in der Vertretung der Interessen der Feldgrauen haben wir unsere volle Schuldigkeit getan. Aber im Mittelpunkt unserer gesamten Tätigkeit stand natürlich die Friedensarbeit, die Wiedererweckung der proletarischen Internationale. Was man uns auch immer vorwerfen mag, das eine steht fest, die deutsche Sozialdemokratie ist die einzige Sektion der Internationale, die seit Beginn des Krieges unablässig zum Wiederzusammentritt der Internationale gedrängt hat und immer zur Verständigung bereit gewesen ist. (Stürmischer Beifall.) Mit Freuden stelle ich fest, daß wir dabei stets gemeinsam mit der österreichischen Bruderpartei gehandelt haben. (Bravo!) Unsere Friedenspolitik stellt vom 4. August an bis heute eine einheitliche Linie dar.

Auch die Unabhängige Partei trägt die Schuld daran, wenn man unsere Friedensarbeit im Ausland auch nicht richtig erkennt. Sie hat mit ihren Verdächtigungen geradezu für die Kriegstreiber der Entente gearbeitet. (Sehr wahr!) Tatsächlich haben wir bereits am 27. September 1914, sobald nur die Grenzen wieder geöffnet waren, einen Vertreter ins neutrale Ausland geschickt, um Verbindungen anzuknüpfen und Klarheit über unsere Friedensbereitschaft zu schaffen.

Spätestens seit dem Frühjahr 1915 kennt auch das neutrale Ausland ganz genau unsere Absage an jede Eroberungspolitik und die Grundsätze unserer rastlosen Friedensarbeit. Selbstverständlich haben wir diese auch im Reichstag stets öffentlich vertreten.

In Stockholm haben wir natürlich die inneren Parteistreitigkeiten gar nicht berührt.

Trotzdem hörten wir auch dort den Widerhall des widerlichen Parteizänkes und mußten uns gegen den Vorwurf wehren, daß wir zum Kampf gegen Annexionen und Kriegsfanatiker erst hätten gezwungen werden müssen. Ich stelle hier noch einmal fest, daß diese Darstellung von Anfang bis Ende unwahr ist. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Die russische Revolution haben wir als Friedensfreunde und Demokraten mit Jubel begrüßt. Nicht ein Sonderfriede, sondern der allgemeine Weltfriede war es, den wir von vornherein erstrebt haben. Stockholm hat nun leider die vielleicht allzu hoch gespannten Erwartungen nicht befriedigt. Jedenfalls haben wir die Formel des Arbeiter- und Soldatenrates rückhaltlos angenommen und die Arbeit des holländisch-skandinavischen Komitees mit aller Kraft unterstützen können. In unserem Memorandum haben wird unsere Friedensgrundsätze erschöpfend dargelegt. Was die elsaß-lothringische Frage anbetrifft, so hat der Parteitag in Jena die volle republikanische Autonomie des Landes im Rahmen des Reiches gefordert. Diesen Jenaer Beschluß der deutschen Sozialdemokratie hat sich die französische Sozialdemokratie auf ihrem Parteitag im Juli 1914 ausdrücklich zu eigen gemacht. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wir halten auch heute unerschütterlich an diesem Standpunkt fest und haben darin die deutschen Arbeiter bis zum letzten Mann hinter uns. (Lebhafter Beifall.) Sollten die französischen Genossen anderer Meinung geworden sein, so mögen sie doch bedenken, ob sie es verantworten können, wegen dieser Sinnesänderung den mörderischen Krieg weiter zu führen. Das ist eine Verantwortung, die sie unseres Erachtens nimmermehr zu tragen vermögen. (Sehr wahr!) Gegen jeden Versuch, in irgend einer Form Belgien zu vergewaltigen, haben Partei- und Fraktionsvorstand bereits in einem Telegramm vom 25. Juni 1915 ernsten Protest erhoben. So haben wir auch in den Fragen der Kriegsentschädigung usw. alles getan, um dem Menschenmorden Halt zu gebieten. Zum holländisch-skandinavischen Komitee haben wir volles Vertrauen.

Leider haben hier nicht alle Beteiligten das gleiche Maß guten Willens und Einsehens. Ich meine damit vor allem die maßgebenden Kreise der französischen Parteimehrheit und der englischen Gewerkschaften. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb ist die Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten ohne Ergebnis verlaufen und Bernhard Shaw und Jean Longuet hatten den Eindruck, daß die französische und englische Mehrheit Obstruktion gegen den Frieden treiben. Danach besteht wohl kein Zweifel, wer die Verantwortung für das Scheitern des Stockholmer Friedenswerkes trägt. Gegen die Paßverweigerung hätten wir ein viel entschiedeneres Auftreten gewünscht. Hätte die deutsche Regierung gewagt, einen solchen Angriff gegen unsere Friedensarbeit zu unternehmen, so wäre das für uns die Kraftprobe gewesen. Wir hätten alles daran gesetzt, diesen Widerstand zu brechen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Aber trotz allem bleiben wir dabei, daß das Proletariat unter dem Krieg am meisten leidet, und deshalb den Frieden wollen muß. Daß es auch die Kraft hat, der Welt den Frieden zu bringen, wenn es sich ernst und entschlossen zur Friedensarbeit zusammenfindet. (Lebhafte Zustimmung.) Wie immer es um die Kriegsschuld stehen mag und was die Parteien während des Krieges getan haben — kein proletarisches Interesse verlangt oder rechtfertigt die Fortsetzung des Mordens. (Lebhafter Beifall.) Von keiner Sektion der Internationale darf man Selbstaufopferung verlangen, Internationalität besteht in gleichen Rechten und Pflichten. (Sehr wahr!) Gleichzeitig und gleichmäßig muß das Friedenswerk in allen Ländern sein, aber unser heißer Wunsch ist, daß die Stunde für den Erfolg unseres Strebens bald gekommen sein möge. (Stürmischer Beifall.)

Noch ein kurzes Wort an unsere Gegner. Sie triumphieren heute über den Bankrott der Sozialdemokratie und der Internationalität. Gewiß haben wir in dem grausamen Krieg manches zulernen müssen, aber von unseren Grundsätzen brauchten wir nichts preiszugeben. (Sehr wahr!) Unmöglich wird man nach diesem Kriege noch eine Politik auf den Völkerhaß aufbauen können. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat wahrhaftig während dieses Krieges keine moralischen Eroberungen gemacht. (Heiterkeit und Sehr gut!) Zügellose Profitsucht hat in den schwersten Zeiten das Leben der Nation bedroht. (Sehr wahr!) Mögen die Gegner statt des Jubels lieber auf der Hut sein, daß die sozialistische Flut nicht die Dämme durchbricht und über ihnen zusammenschlägt. (Sehr gut!) Die kommenden großen Kämpfe werden uns Einigkeit und Geschlossenheit lehren.

Ebert schließt sein Referat mit der Erklärung, daß die kommenden Kämpfe die Arbeiter unter dem alten Banner der Sozialdemokratie einigen werden. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Parteivorstandsmitglied Braun erstattet den Kassenbericht. Der Rückgang der Einnahmen beträgt 80 Prozent. Die Hälfte der Ausgaben mußte für Unterstützung der Presse verwendet werden. Allein an die Familien der im Felde befindlichen Angestellten und Arbeiter der Parteidruckereien haben wir eine Million Mark ausgezahlt. Erfreulicherweise hat unsere Presse im letzten Halbjahr neue 70 000 Leser gewonnen.

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet Brühne. Er beantragt Entlastung für den Gesamtvorstand.

Aus der darauf folgenden Diskussion seien folgende Ausführungen wiedergegeben

Hüttmann-Kassel: Ueber den Parteistreit haben Ebert und Braun nicht objektiv gesprochen. Das wäre wohl auch Uebermenschliches verlangt von jemandem, der mitten im Streit steht. Die Opposition hat doch aber nicht aus purer Bosheit gehandelt. Ebert ist eben auf die Flugblätter und Pamphlete eingegangen. (Ebert: Nicht mit einem Wort!) Aber bedenken sie doch dabei, daß die Zensur noch immer gegen die Opposition am heftigsten wütet. (Widerspruch.) Die Militärbehörde ist am rücksichtslosesten gegen diejenigen, die den Kampf für den Frieden am allerentschiedensten führen. (Zurufe und Unterbrechungen.) Der Fall Capelle hat das deutlich gezeigt. Ich will die Frage der Schuld an der Spaltung nicht erörtern, das gibt immer ein einseitiges Bild; aber die Zersplitterung und Spaltung geht gleich weiter. Der Aufschwung der Parteipresse kann auch wieder verlorengehen. Ich sehe die Entwicklung als geradezu trostlos an. (Zuruf: Ihr seid schuld!) Auch in den sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen braucht man immer mehr

die geschlossene Einheit der Partei.

(Zuruf: Wer geht denn jetzt an die Zersplitterung der Gewerkschaften?) Genosse Bauer, ich will auch hier die Schuldfrage nicht untersuchen. Aber ich glaube nicht, daß die Generalkommission frei von Schuld ist. Der plötzliche Wechsel in der Haltung der Parteiblätter mußte Erbitterung und Desorganisation hervorrufen. Ich erinnere nur an die Fälle der „Neuen Zeit" und der „Gleichheit". 35 Jahre hat Kautsky die „Neue Zeit" geleitet, sie war sein Lebenswerk. Auch die jetzige Redaktion der „Neuen Zeit" ist nicht tolerant. Sie hat zum Beispiel einen Artikel Adolf Brauns zum Parteitag abgelehnt. (Lebhafter Widerspruch Eberts und Cunows.) (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Adolf Braun-Nürnberg: Ich will die Einigungsanträge begründen und dabei alles Persönliche ausschalten. Namentlich mit Kautsky bin ich seit dem 17. Lebensjahr viel zu befreundet, als daß meine Meinung über den Redaktionswechsel der „Neuen Zeit" objektiv sein könnte. Cunow hat aber tatsächlich erklärt, daß mein Artikel nicht aufgenommen werden könne. — Auf den lebhaften Widerspruch verliest Braun den gesamten Schriftwechsel zwischen ihm und Cunow. (Cunow schreibt darin, infolge des plötzlichen Redaktionswechsels habe er von Brauns Artikel nicht rechtzeitig gewußt. Es handle sich nicht um eine Ablehnung, sondern um ein Mißgeschick. Braun erklärt in seiner Antwort, dies lediglich als Ausflucht ansehen zu müssen. (Zuruf: Literatenreiberei!)

Vorsitzender Auer erklärt diese Verlesung nicht in die Redezeit einreihen zu wollen. (Heiterkeit.)

Braun (fortfahrend): Gefühl und Verstand, die ökonomische Betrachtung und der Aufblick in die Zukunft sagen uns, daß die Arbeiterklasse sich schließlich doch wieder einigen wird, gleichviel nach welcher Zeit. Gerade die wirklich im Kampfe gegen die besitzenden Klassen stehen, kennen den Haß des Parteistreites nicht. Die Unabhängigen hätten ohne Schimpfen auf uns freilich keine Existenzberechtigung. Bei ihnen darf kein Tag vergehen, ohne daß sie gescheiter sind als wir. (Heiterkeit.) Aber es ist wirklich nicht die höchste Politik, immer noch radikaler sein zu wollen als alle anderen. Die politischen Abstimmungen der Unabhängigen werden selbst von der großen Masse der Leser ihrer Zeitungen nicht verstanden werden. Aber auch bei den Unabhängigen sind viele des Streites müde. Das weiß ich, weil ich ja eine Art Zentrum für die Einigungsbriefe bin. Der Kapitalismus hat in zwei Kriegsjahren mächtige Fortschritte gemacht. Wir werden vielleicht nach dem Kriege so radikalisiert werden, daß die Radikalsten nicht mitkommen werden. Die starke Notwendigkeit wird uns zusammenführen, ob wir wollen oder nicht. Ohne Illusionen darüber, was in den nächsten Monaten möglich ist, wollen wir doch den Parteifrieden für die Zukunft vorbereiten helfen.

Bromme-Lübeck: Die Unabhängigen machen es nicht leicht, einen Einigungsantrag zu begründen. Franz Mehring hat uns einen Leichnam genannt. Das ist mindestens unhöflich, aber haben Sie schon mal einen Leichnam — wie bei Franz Mehring — Versöhnungsschalmeien blasen hören? (Heiterkeit.) Der Parteistreit ist jetzt sehr wüst. Aber im Hinblick auf die siebziger Jahre sagen wir mit dem Jenaer Studentenlied „Einst alles wie heute!" Auch damals kam die Einigung, und heute wird sie ebenso von den Massen, besonders von den Feldgrauen, gefordert. (Beifall.)

Neumann-Köln: Den Einigungsanträgen rede ich das Wort. Eine Einigung auf mittlerer Linie ist möglich, zumal in den Arbeitermassen weder der sachliche noch der persönliche Gegensatz so stark ist wie bei den Führern. Die mangelnde Vorwärtsentwicklung unserer Parteipresse liegt auch an der ungeschickten Redigierung. Dringend notwendig ist eine Geschäftszentrale für die Parteipresse. Nach dem Kriege kommen für sie schwere Zeiten. Tun wir alles, um ihr die gebührende Förderung zuteil werden zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Frau Juchhacz-Berlin lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die Notwendigkeit, die Frauenbewegung mit allen Mitteln zu fördern. Man soll die Frauen zur Mitarbeit auf sozialpolitischem Gebiet und in der sozialen Fürsorge in weitestem Maße heranziehen, weil sie sich damit die Sympathien aller im Erwerbsleben stehenden Frauen erwerben. Die Partei müsse dabei Hand in Hand mit den Gewerkschaften gehen. Rednerin verliest eine Erklärung der weiblichen Delegierten, worin hervorgehoben wird, daß der Arbeiterinnenschutz vorwärts getrieben und die verantwortliche Mitarbeit der Frauen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge gefördert werden sollten.

Eingegangen ist folgende Entschließung Severing und Genossen:

„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitlichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind. Die Parteieinheit setzt bei einer demokratischen Partei bei größter Duldung aller Meinungsverschiedenheiten die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraus. Wer diese Grundsätze nicht anerkennt, verneint die Lebensquelle der Partei, die in der Zusammenfassung aller Kräfte zu einem einheitlichen Wollen und einheitlichen Aktionen liegen. Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteieinheit müssen deswegen die Forderung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen.

Das beste Mittel zur Herbeiführung der Parteieinheit erblickt der Parteitag in der Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er fordert darum die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands auf, sich ihr anzuschließen. Die Ausbreitung ihrer geschlossenen Organisation bildet die sicherste Gewähr dafür, daß die schwierigen politischen Kämpfe der Zukunft erfolgreich für die Arbeiterschaft ausgehen werden."

Mit der Annahme dieser Entschließung hält der Parteitag die Anträge 1—13 (Wiedervereinigung betreffend) für erledigt.

Löbe-Breslau: Die Vogtherr, die Dittmann, die Ledebour reisen im Lande herum, um unseren Rednern gegenüber zu treten. Haben Sie vielleicht gelesen, daß sie den Alldeutschen oder der Vaterlandspartei entgegengetreten wären? (Sehr richtig!) Aber unseren Friedensrednern haben sie die Versammlungen zuschanden gemacht. So haben sie dem deutschen Proletariat gedient. (Sehr wahr!) Es stimmt nicht, daß die Unabhängigen überall schärfer angefaßt werden. Im Gegenteil wir können nachweisen, daß die Unternehmer sie begünstigen, weil sie darin einen Keim des Zwistes und des Zwiespalts für die Arbeiterbewegung erblicken. (Zustimmung.) Der einzig mögliche Weg zur Einigung der Arbeiter ist die Annahme der Entschließung Severing und Genossen. Für notwendig halte ich es aber, ab und zu auch die Genossen von der rechten Seite zurückzuweisen, die uns allzusehr nach der einen oder anderen Richtung engagieren. Wir müssen des öfteren betonen, daß die Lensch, Heilmann und Haenisch nicht für die Partei, sondern für sich selbst sprechen. Tun wir weiter unsere Pflicht, um den Frieden herbeizuführen, und die Arbeiter werden uns folgen; die anderen mögen dann sehen, wo sie bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Hoffter-Mühlhausen i. Th.: Die Zersplitterung ist gewiß bisher nicht allzu umfangreich, aber die unabhängige Bewegung ist doch keine bloße Führerbewegung. Warum ist der Parteivorstand nicht gleichmäßig auch gegen Lensch und seine Freunde vorgegangen? (Braun ruft: Welche Maßnahmen sollten wir ergreifen?) Wer unsere Prinzipien verletzt, gehört nicht in die Partei! (Braun ruft: Warum stellen Sie keinen Ausschlußantrag?) Auch die Mehrheit hat Schuld an der Zersplitterung. Ich erinnere an den „Vorwärts"-Klub in Berlin. (Heiterkeit und Widerspruch.) Neun Zehntel der Feldgrauen stehen bei uns auf dem Standpunkt, daß die Unduldsamkeit des Parteivorstandes schuld an der Spaltung hat.

Fortsetzung des Parteitagsberichts in der Beilage.

Arbeiter und Parteigenossen!
Agitiert für die Volkswacht

Fortsetzung des Parteiberichts

Scheidemann:

Ein Genosse sprach von Elsaß-Lothringen in Verbindung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber die Elsässer sind keine besondere Nation. Elsaß-Lothringen ist deutsches Land. Wir verlangen für Elsaß-Lothringen volle Autonomie im Rahmen des Reiches. Die Unversehrtheit des Reiches ist unsere Friedensbedingung. (Lebhafter Beifall.) In der Debatte ist viel die Rede gewesen von angeblichen Gewalttaten des Parteivorstandes namentlich gegen den „Vorwärts". Ich verliere kein Wort darüber, was wir uns in diesen Jahren von der alten „Vorwärts"-Redaktion haben gefallen lassen. (Sehr wahr!) Aber wir haben ja den Berlinern vorgeschlagen, den „Vorwärts", das Eigentum der Gesamtpartei, ehrlich mit ihnen zu teilen, so daß Vorstand und Berliner Genossen ihr eigenes Organ gehabt hätten. **Aber das haben die Unabhängigen mit Hohn und Spott abgewiesen, ohne den Berliner Genossen überhaupt von unserem Vorschlag Kenntnis zu geben.** (Lebhaftes Hört! Hört!) Mit Recht ist in der Debatte daran erinnert worden, daß wir ja noch vor dem Kriege derartige Auseinandersetzungen gehabt haben. Ich erinnere an Jena 1913, wo uns gepredigt wurde, daß ein Blatt Papier, das Mitgliedsbuch, den organisierten von dem unorganisierten Arbeiter trennt. Wir sollten in die Taktik des Putschismus hineingedrängt werden, **wir sollten die polnische Wirtschaft in der Organisation und in der Taktik russische Zustände bekommen.** (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Für das große Reich war eben eine Organisation zu wenig. Selbst Polen hatte doch mehrere Gruppen, nun haben wir es auch soweit gebracht. Dabei kommen wir noch immer besser weg, als die Führer der Unabhängigen im Kampfe dieser kleinen Gruppen. Haben doch z. B. die Herren Linksradikalen Kautsky nachgesagt, daß er die „Neue Zeit" zur Dirne gemacht habe. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Wäre bei den anderen nur die geringste Spur von Neigung zur Einigung vorhanden, dann müßten wenigstens

die persönlichen Beschimpfungen und Verleumdungen

aufhören. (Sehr wahr!) Wir sollen angeblich die sozialdemokratischen Grundsätze verraten haben. Aber der wissenschaftliche Führer der Unabhängigen, Eduard Bernstein (Heiterkeit), hat vor dem 4. August mit Marx, Kautsky, Engels und Lasalle unsere letzten Zweifel niedergeschlagen. **„Ist der Arbeiter auch kein Vollbürger, so dürften ihm die nationalen Interessen doch nicht gleichgültig sein", schreibt Eduard Bernstein,** und weiter: „Nichts gebiete uns, einen Verzicht auf die Vertretung deutscher Interessen, weil etwa französische oder englische Chauvinisten daran Anstoß nehmen. **Die Internationalität ist kein Grund zu schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Prätentionen ausländischer Prätendenten. Es gibt in der Sozialdemokratie Leute, denen jedes Eintreten für nationale Interessen als Verletzung des Internationalismus und als Chauvinismus erscheint; aber je mehr sich die Sozialdemokratie entschließt, zu scheinen, was sie ist, desto mehr wächst auch ihre Aussicht, politische Reformen durchzusetzen."** (Stürmisches Hört! Hört! und große Heiterkeit.) Vor dem Kriege konnte man darüber streiten, ob das richtig ist; im Kriege gab es gar keine andere Möglichkeit. (Sehr wahr!) **Wir hätten sonst die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten und die Arbeiter der Rechtlosigkeit und unübersehbarem Elend überantwortet.** (Sehr wahr!) Eduard Bernstein hat sehr rasch und gründlich umgelernt. **Soll die deutsche Sozialdemokratie sich nun jedesmal mausern, wenn einer von denen sich mausert, die uns gute Lehren geben?** (Heiterkeit und Sehr gut!) Die Opposition hat von uns gefordert, daß wir uns der Minderheit unterordnen sollten. Wir sollten entweder nationalliberal jeden machen lassen, was er will, **oder das anarchistische Herrenrecht von ein paar Leuten anerkennen, die glauben, der Mehrheit ihren Willen aufzwingen zu können.** Wir haben niemals eine Meinung unterdrückt, weder nach rechts noch links. Wir halten an der größten Meinungsfreiheit fest, aber wir verlangen Geschlossenheit der Partei in der Aktion. (Stürmischer Beifall.) Lensch und Peus und jeder andere kann schreiben, was er will, aber jeder muß sich den Parteitagsbeschlüssen fügen und Disziplin halten. **Wer sein Vertrauensamt dazu mißbraucht, die Partei zu sprengen, dem rufen wir allerdings ein Halt zu.** (Sehr gut!)

Daß wir Liebknecht im Stich gelassen hätten, ist nicht wahr. Was in unseren Kräften stand, haben wir für ihn getan. Eine Viertelstunde nach seiner Verhaftung waren wir mit dem Kriegsministerium und Reichsamt des Innern in Verbindung, um seine Interessen nach Möglichkeit wahrzunehmen. **Wir haben wiederholt seine Freilassung, seine Amnestierung verlangt. Zum Dank sind wir doppelt wüst beschimpft worden.** (Sehr wahr!) **Aber wir werden weiter nach Pflicht und Gewissen unsere Schuldigkeit tun.** (Beifall.)

Die gemeinen Flugblätter und Pamphlete, die Hüttmann mit dem Hinweis auf die Zensur in Schutz nehmen wollte, **richteten sich nicht ein einziges Mal gegen den Krieg und gegen die Regierung, sondern ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.** Es waren meist nur niederträchtige Beschimpfungen einzelner Führer, die aus Rücksicht auf Männer im anderen Lager den Mund hielten. (Sehr wahr!) Bei unserer Beschimpfung als Regierungssozialisten habe ich nie Wut und Aerger empfunden, sondern immer nur Mitleid. **Wie kleinlich und erbärmlich ist dieses Mittel,** das freilich bei den Arbeitern wirkt. **Aber die Arbeiter werden schon noch erfahren, was es mit unserer „Regierungspolitik" auf sich hat.** Nur um die Interessen von Arbeitern, Soldaten und ihren Frauen wahrzunehmen und Opfer des Belagerungszustandes zu retten, sind wir zur Regierung gegangen. **Eine spätere Zeit wird feststellen, wievielen Menschen wir glücklicherweise helfen, wievielen wir sogar das Leben retten konnten.** (Hört! Hört!) Wir haben bewußterweise nichts getan, was die Einheit der Partei hätte stören können. Wir werden auch weiter nichts tun, was die Einigkeit der Arbeiterklasse stören könnte. Aber über die Annahme der Resolution Severing sollten wir nicht hinausgehen. Im übrigen leisten wir praktische Arbeit für den Frieden und die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse. **Das wird die deutsche Arbeiterklasse erkennen und zur Tagesordnung übergehen über diejenigen, die scheinbar radikale Reden halten, aber nichts für sie getan haben.** Die deutschen Arbeiter werden sich in ihrer Masse wieder zusammenfinden in der einigen deutschen Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Jaeckel-Plauen: Den Optimismus von Scheidemann, daß die Unabhängigen bald ein kleines Häuflein von Krakehlern sein würden, teile ich nicht. Scheidemann hat schon oft falsch prophezeit und falsch geurteilt. Die Spaltung in der Partei dreht sich nicht bloß um die Kreditbewilligung, sondern entspringt der Furcht, daß die Partei die alten Grundsätze und Methoden verläßt, die sie groß gemacht haben. Man denke an die Lensch und Heilmann. Gewiß ist das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien alte parlamentarische Notwendigkeit, aber das jetzige dauernde Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien zu bestimmten Zwecken (Unruhe und Lachen) ist doch überaus bedenklich. Nehmen Sie die Resolution Braun an, die Resolution Severing tut tatsächlich alles, um die Wiedervereinigung zu hintertreiben. (Große Unruhe. Rufe: Unerhört!)

Molkenbuhr: Selbstverständlich begeistert das Streben nach Einigung die weitesten Arbeiterkreise, aber **damit kommen wir der Einigung nicht einen Schritt näher. Ist denn nicht die Spaltung systematisch vorbereitet und planmäßig herbeigeführt worden?** (Sehr gut!) Und nachdem es diesen Leuten gelungen ist, die Spaltung herbeizuführen, sollten sie jetzt umkehren und sich wieder einigen? 1875 war die Einigung viel leichter, die Gegensätze viel geringer. **Heute kann ich nicht an eine nahe Verständigung glauben. Seit Most und Hasselmann haben wir anarchistische Elemente in der Partei, diese Anarcho-Sozialisten sind eine Hauptursache der Spaltung.** (Sehr wahr!) Mit Bakunin kämpft man gegen die „Tyrannei der Mehrheiten". **Dazu das wüste Schimpfen der Unabhängigen, das den Reichsverband in den Schatten stellt, und darüber hinaus noch das niederträchtige Verleumden.** Ein Mann, der es genau kennt, Franz Mehring (Heiterkeit), hat schon im Voraus diese Methode charakterisiert. **„Es gibt nicht leicht ärgere Jesuiten als bornierte politische Radikale. Auf ihre Tugendhaftigkeit pochend, scheuen sie vor den ärgsten Verleumdungen nicht zurück."** (Große Heiterkeit und Beifall.) **Lassen wir sie schimpfen, gehen wir unseren Weg.**

(Die Verhandlungen gehen weiter.)

Sozialdemokratie, Verständigungsfriede, Vaterlandspartei

Würzburg, 14. Oktober 1917.

Sonntag vormittag sprach Scheidemann im Parteitagslokale, dem Saale des Huttenschen Gartens, vor einer ungeheuer stark besuchten, mindestens 2000 Köpfe starken Volksversammlung über „Sozialdemokratie, Verständigungsfriede, Vaterlandspartei". Er begann mit einer Darstellung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Kriege, wies auf die im Frühjahr 1914 bereits weit gediehene deutsch-französische Annäherungsarbeit hin und darauf, daß im Kriege alle Staaten sich die alte sozialdemokratische Forderung der Wehrhaftmachung des ganzen Volkes notgedrungen zu eigen gemacht haben. **Wir haben uns zur Landesverteidigung bekannt, aber was darüber hinausgeht, lehnen wir ab.** Der Verständigungsgedanke, wegen dessen wir beschimpft und verleumdet wurden, ist zum Mehrheitsbeschluß des deutschen Reichstags erhoben worden,

der größte parlamentarische Erfolg,

den die deutsche Sozialdemokratie bisher errungen hat. An dieses Programm ist die Regierung gebunden und sie darf von ihm nicht abweichen. (Beifall.) Für mich war es eine große Erleichterung, als der „Scheidemann-Hungerfriede" zu einem „Erzberger-Schmachfrieden" wurde. (Heiterkeit.) Die Presse, die solche Hetzereien bringt, vermehrt sich von Tag zu Tag, weil die Kriegsgewinnler Millionen über Millionen in die deutsche Presse hineinstecken, um sie nach ganz amerikanischem Muster zu benutzen. **Wir verzichten durch den Verständigungsfrieden auf nichts, was uns gehört, auf keine Quadratmeter deutschen Bodens** (Beifall); **wir verzichten nur auf das, was uns nicht gehört und was den anderen ebenso heilig ist wie uns das Unserige.** (Sehr wahr!)

Bethmann Hollweg hatte die Zeichen der Zeit erkannt, aber er hatte nicht den Mut, daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Daß er die Wahlrechtsproklamation durchgesetzt hat, das wollen wir ihm danken. (Beifall.) Die Umstände seines Abganges führten klar unsere **veralteten politischen Zustände** vor Augen. Sein Nachfolger — heißt Michaelis (Heiterkeit). Er war eine Ueberraschung. Niemand war nach ihm gefragt worden — vielleicht doch jemand, man weiß nur nicht wer. Heute ist wohl aller Welt klar,

Herr Michaelis ist eine Unmöglichkeit.

Gewiß ein achtbarer Mann, aber auf einem falschen Posten. Wo es sich jedoch um das Schicksal eines Siebzig-Millionen-Volkes handelt, darf niemand auf einen falschen Posten gestellt werden. Sieht er ein, daß es der Fall ist, so muß er selber gehen, wenn nicht, **dann muß es ihm gesagt werden.** Es fehlt der Steuermann, der sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen will. Herr von Capelle soll jetzt in die Wüste geschickt werden. Ein in seinem Fache tüchtiger Mann, dem aber jedes politische Gefühl fehlt, wie er dadurch gezeigt hat, daß er gegen Reichstagsabgeordnete einen Vorwurf erhob, der bereits von den Reichstagsparteien als hinfällig abgelehnt war. Capelle wird gehen, **aber wann geht Michaelis?**

Die Vaterlandspartei spielt va banque. **Ihre Politik** würde zu einer Katastrophe führen. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, um dem deutschen Volke den gebührenden Einfluß zu verschaffen. **Fort mit jedem Klassenregiment,** Beseitigung aller Vorrechte! Darum sollten alle zu uns kommen, die für die Parole stimmen:

Brot und gleiches Recht für alle, Friede und Freiheit!

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Der Vaterlandspartei

und ihrer häßlichen, das politische Leben Deutschlands unehrlich beeinflussenden Agitation

zum Trotz

ist es Pflicht der arbeitenden Klassen, die Reihen dichter zu schließen und einig zu sein im Kampfe für Frieden und Fortschritt. Darum

werdet Mitglieder der Sozialdemokr. Partei!

Ihr Frauen

Ihr Frauen, deren Blut im Volke ruht,
nährt ihr den Frieden auf, schirmt ihr das Land?
Ihr haltet eure Kinder an der Hand; —
Ihr führt sie in die Zukunft. Führt sie gut!

Laßt ihre Augen über Grenzen seh'n,
dort, wo sich andre auf den Feldern müh'n,
wo andre an der reichen Welt erglüh'n,
laßt eure Kinder schauen — und verseh'n.

Lehrt sie die kleinen Hände suchend heben
und andre Hände brüderlich umfassen,
lehrt sie nicht schmeicheln, — aber auch nicht hassen.
Lehrt sie nur lieben, denn auch dort blüht Leben.

Lehrt sie die Früchte dankbereit empfangen,
die schwellend über allen Mauern schweben,
lehrt sie aufnehmen, — und auch willig geben
vom eignen jugendlichen Blütenprangen.

Ihr Frauen, laßt die Kinder sich gesellen!
Laßt ihre Hände sich zum Strome schließen,
laßt solchen Strom um alle Grenzen fließen,
und seht dann, wie die so vereinten Wellen
um Fremdes wie um Eignes schirmend schwellen.

Erna Grautoff.

Von den Zisternen in Konstantinopel

Von einem hessischen Feldgrauen.

Ganz Konstantinopel ruht auf Trümmern alter Zeiten. Hin und wieder werden zufällig mächtige Bauten entdeckt, die unter den Häusern von heute noch in ihrer alten Pracht fortbestehen, wenn sie auch keinen Wert für das Leben von heute mehr haben.

Die Versorgung der Riesenstadt mit Wasser war von jeher eine schwierige Frage. Noch heute wie seit Jahrhunderten kommt das beste Trinkwasser von Asien. Heute verkaufen es glasweise die bekannten Wasserverkäufer, die ihre Schläuche mit gutem Trinkwasser auf dem Buckel tragen, mit dem Geklapper der Gläser Durstige anlocken und mit ihren melodischen Rufen das lebhafte Stimmengewirr noch erhöhen. War diese Zufuhr in Kriegszeiten schon abgeschnitten, so bestand aber auch für die mächtigen Wasserleitungen, die von weither Quellwasser nach der Stadt leiteten, dieselbe Gefahr. Heute noch bilden die mächtigen Bogen eines Aquädukts eine Hauptzierde der Türkenstadt Stambul; sie verbinden die zwei Hügel der Stadt und beleben die Silhouette, aus der nur Kuppeln und spitze Minarets mächtiger Moscheen hervorragen, ganz eigenartig. Aber auch weit vor der Stadt kann man solche römische oder byzantinische Bauten bewundern. Da man aber damit rechnen mußte, daß im Kriegsfalle auch diese Leitungen vom Feinde abgeschnitten werden könnten, hat man frühzeitig damit begonnen, in der Stadt große Wasserbehälter anzulegen, die man mit dem Namen Zisternen bezeichnet. Erst waren es einfache, offene, ausgemauerte Löcher; als die dann verschmutzten und zu Brutstätten aller möglichen Krankheiten wurden, baute man mehrere solcher Gruben nebeneinander, trennte sie durch durchlöcherte Mauern, sodaß sich der Schmutz in den ersten Gruben niedersetzte und die letzte ziemlich sauberes Wasser enthält. Schließlich überdeckte man diese Behälter und als Schlußentwicklung haben sich dann große gedeckte Hallen erhalten, die über die ganze Stadt verteilt ganz bedeutende Mengen Wasser aufspeichern konnten. Diese, in wenig Worten angedeutete Entwicklung hat natürlich Jahrhunderte gedauert, und nur durch ähnliche Einrichtungen in anderen Ländern mit gleicher Kultur hat man sich manchen ruinenhaften Bau in Konstantinopel erklären können, der heute längst seinen Zweck nicht mehr erfüllt. Auch ist die Sultanstadt am goldnen Horn noch nie planmäßig untersucht, und die wenigen Zisternen, die wir kennen, verdanken alle irgend einem Zufall ihre Entdeckung, wie ja noch kürzlich eines der baulich interessantesten Werke von einem deutschen Archäologen auf einem Boot der „Göben" zuerst befahren und aufgenommen wurde. Die wenigen bekannten Bauten genügen aber, um unser Interesse zu fesseln, und ich gedenke mit Freuden an eine Führung durch die Zisternen, die der rührige „deutsche Ausflugsverein" für deutsche Soldaten von Zeit zu Zeit veranstaltet, wo wir durch das Entgegenkommen der türkischen Behörden mehr sahen, als es im Durchschnitt den Besuchern der Wunderstadt vergönnt ist.

Wir wurden in den Hof eines der kleinen türkischen Holzhäuschen geführt, in der Nähe der uralten Hagia Sophia, einer Kirche, in der die Christen fast tausend Jahre zu ihrem Gott beteten, und die nun schon fast 700 Jahre als türkisches Gebethaus dient. Eine Kellertür wurde aufgeklappt und bei dem magischen Schein einer mächtigen Pechfackel gehts einige Stufen herunter. Man muß sich erst an das Duster gewöhnen. Da glitzert aber der Widerschein der Flamme weithin auf einer glatten Wasserfläche auf, große Schatten riesiger Säulen legen sich parallel dazwischen, und man sieht kein Ende dieser Riesenhalle. Allmählich erkennt man den Boden in dem klaren Wasser, der sich langsam nach hinten vertieft. Mehr aber setzen dich die Säulen in Erstaunen. Ihre Schlußsteine oben, die die massive Decke tragen, sind alle fein behauen, jedes ein Kunstwerk für sich, jeder wieder anders als der Nachbar. Kein Wunder, daß die Türken diesen Bau als das versunkene Schloß bezeichnen. 16 Säulen erkennen wir hintereinander in dem Dämmerlicht, aber das Ende des gewaltigen Raumes ist nicht abzusehen, und 3 Meter tief steht das Wasser in der Mitte.

Genauer konnten wir später in einer älteren Zisterne die Einzelheiten bewundern. Die „1001 Säulen" hieß sie; dort war kein Wasser mehr: man konnte in dem ungeheuren Raum umhergehen und zuerst imponierte er viel weniger wie das versunkene Schloß. 30 Säulen in der Länge und 10 nach der Seite zählten wir nur, aber der Führer erklärte uns gleich den Namen der Zisterne. Er führte uns in eine Ecke und zeigte uns, daß der Boden, auf dem wir standen, nicht der ursprüngliche Boden war. Dort hatte man nämlich einige Säulen ganz freigegraben, und entdeckt, daß jede einzelne aus 3 Säulen übereinander bestand von einer Gesamthöhe von etwa 10 Meter, während jetzt die Halle nur 2 bis 3 Meter hoch war. Da aber unten ein fester Boden aus Steinplatten lag, überzeugte man sich leicht, daß die Halle früher ganz gewaltige Dimensionen hatte. Aber auch die Kapitäle waren einfacher wie in der ersten Zisterne, und der Kenner kann aus ihren Formen unschwer das Alter einer Zisterne bestimmen. Auch erkannten wir bald, warum die Halle ihren Boden so erhöht hatte. An der Decke befanden sich hie und da größere Oeffnungen und darunter waren Berge von Schutt und Abfall. Die Türken benutzen diese mächtigen unterirdischen Räume, um ihre Abfälle zu verstauen. Erst in allerletzter Zeit hat man auch am Goldnen Horn erkannt, welche Schätze so verloren gehen können und welchen Gewinn für die Erforschung der Geschichte der Stadt man durch planmäßiges Erhalten und wissenschaftliches Bearbeiten alter Baudenkmäler erzielen kann. So wie es deutschem Forschungsdrang beschieden war, die Schätze, die in den türkischen Museen verborgen waren, zu sichten und ihre Einreihung in unsere historischen Forschungen zu ermöglichen, so wird auch eine gemeinsame Bearbeitung der Schätze, die in Konstantinopel versteckt liegen, manches Rätsel in der Geschichte dieser Stadt lösen, deren geschichtliche Entwicklung bis jetzt nur im großen bekannt ist, obwohl gerade von hier aus ganz wichtige Einflüsse auf unsere abendländische Kultur gewirkt haben.

Der „Makel" der unehelichen Geburt

Von Stadtr. Dr. Engel, Berlin-Schöneberg.

Die Verhandlungen im Preußischen Abgeordnetenhause vom 15. Februar d. J. über die Grundfragen unserer Bevölkerungspolitik haben bisher in der Oeffentlichkeit leider nur geringen Nachhall gefunden. Sie erfolgten ja im Hause selbst vor leeren Bänken und teilten so auch äußerlich das regelmäßige Schicksal sozialpolitischer Erörterungen. Trotzdem sind die Verhandlungen nicht lediglich bewegte Luft. Die beteiligten sozialpolitischen Kreise werden noch oft auf sie zurückgreifen, wenn auch bisweilen nur, um die sozialpolitischen Taten der einzelnen Parteien an den Reden ihrer Vertreter nachzuprüfen.

Die erschreckende Tatsache, daß von 1000 unehelichen Kindern nur 136 das 19. Lebensjahr erreichen gegenüber 512 ehelichen Kindern, wird für die weite Oeffentlichkeit eine Eröffnung bleiben, über die sie nicht mit einer leichten Handbewegung zur Tagesordnung übergehen kann. Die Sterbeziffer bedeutete eine schwere Anklage, die sich mit der Gewalt, die in ihr liegt, in das Gedächtnis unseres Volkes hineinhämmern und immer von neuem um dringende Hilfe bitten wird, ja sie fordern kann.

Die Vorkämpfer für eine Besserung der Lage der ledigen Mütter und der unehelichen Kinder brauchen in Zukunft ihre Forderungen nicht mehr besonders zu begründen und deswegen sogar für ihren eigenen Ruf zu fürchten. Die Totenziffer der unehelichen Kinder ist die nachhaltigste und eindringlichste Begründung, die nicht nur unser Herz bewegt, sondern uns auch überzeugt.

Seit Monaten kämpfe ich, aus dem Felde, für die Schaffung eines einheitlichen Geburtsscheines für alle Kinder, der voreheliche und uneheliche Kinder nicht mehr wie bisher von ihrem Eintritt in das Leben bis zu ihrem Tode und noch darüber hinaus bloßstellt und kennzeichnet als Kinder einer ledigen Mutter. Ich weiß wohl, daß mit dem weißen Quartblatt des farblosen Geburtsscheines erst wenig getan ist. Wenn wir indes die geradezu grauenerregende Sterblichkeit der unehelichen Kinder herabmindern wollen, dann müssen wir bei der Geburt des Kindes beginnen und vor allem auch der ledigen Mutter ihren Kreuzweg erleichtern. Heute sucht sich die ledige Mutter oft schnell von ihrem Kinde zu trennen. Uneheliche Kinder sind eben eine gesellschaftliche Last und — solange unsre heutigen Vorurteile bestehen — eine dauernde unerträgliche Erinnerung für die ledige Mutter.

Uns allen gilt die Forderung und Mahnung, die ledigen Mütter in ihrer Not nicht von uns zu weisen, ihnen vielmehr nicht aus Gnade und Mitleid sondern um der Gerechtigkeit und unseres Volkes willen die Hand zu bieten.

Die Kriegszeit ist für die ledigen Mütter wegen der schweren Lebensmittelbeschaffung auf Karten besonders hart; sie wird oft geradezu eine Folter. Jeder Weg nach einer Brot-, Zucker-, Milch-, Kartoffel- usw. Karte führt über Dornen und bringt neue Demütigungen und Erniedrigungen. Immer wieder muß die ledige Mutter bei der Kartenausgabestelle und in den Läden in die Zwangsbeichte und bekennen. Man folge dem Vorbild Badens und Sachsens, die den Bräuten gefallener Krieger, namentlich den ledigen Müttern unter ihnen, auf Antrag den Frauentitel verleihen. Man erhebe aber die Ausnahme zur Regel und gebe allen ledigen Müttern ohne Antrag allgemein und ausnahmslos die Berechtigung zur Führung des Titels „Frau". Damit wäre der ledigen Mutter in der Oeffentlichkeit und namentlich in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen manches Hindernis und vor allem viele seelische Qual genommen.

Meine Vorschläge auf Schaffung eines neuen Geburtsscheins und auf Verleihung des Frauentitels an die ledige Mutter sind kleine, aber deshalb nicht unwirksame Mittel im Kampfe gegen die Sterblichkeit der unehelichen Kinder. Sie sollen schwere Schatten in unseren Lebensformen beseitigen. Beide Mittel — Geburtsschein und Frauentitel — sind keine Allheilmittel, wie ja auf diesem schweren sozialen Arbeitsfeld leider große und umwälzende Heilerfolge unmöglich sind.

Die große Zahl der ledigen Mütter — fast 200 000 im Jahr, ein Zehntel aller Mütter — beweist die sittliche Gesundheit unseres Volkes. So widerspruchsvoll es klingen mag: viele unehelichen Kinder sind auch ein Maßstab für die Sittlichkeit eines Volkes. Sie zeigen, daß bis in die großen Volksschichten doch noch nicht die Gedanken der Geburtenverhinderung eingedrungen sind, deren Bekämpfung uns der Krieg als ganz besonders ernste Aufgabe ans Herz gelegt hat.

Die deutschen Bundesstaaten ordnen alle Kulturfragen selbständig. Sollte es ein zu hoher Wunsch sein, daß ein größerer Bundesstaat in dieser Formenregelung, die auch von weittragender wirtschaftlicher Bedeutung ist, die Führung und Wegweisung übernimmt und durch die Ueberwindung von schweren gefährdenden Vorurteilen gesundem, zukunftgebendem Leben zur vollen Entfaltung und Entwicklung hilft?

Die Frau als Arbeiterin

„Die Frau gehört ins Haus" — hieß es ehemals, obwohl schon vor dem Krieg Tausende von Frauen und Müttern zur Arbeit außer dem Hause und, was noch schädlicher auf die Familie einwirkte, zur Lohnarbeit im Hause, zur Heimarbeit in den verschiedensten Berufszweigen gezwungen waren. Man denke nur an die Tabakindustrie, stelle sich den oft sehr kleinen Raum der Zigarren-Heimarbeiterinnen vor, in dem nicht selten die ganze Familie ißt, arbeitet und schläft. Der Krieg hat die Frauen nicht erlöst von ihrem Frondienst. Immer mehr und mehr treibt er sie aus dem Hause, aus der Familie, hinaus ins Wirtschaftsleben. Gilt es doch, vor allem die leeren Plätze in Werkstätten und Fabriken zu besetzen, von denen die Männer hinweggeholt werden, hinaus zum blutigen Völkerringen. Und dann zwang die steigende Teuerung Tausende von Frauen, mitzuverdienen, um die Familie einigermaßen über Wasser zu halten. Es gibt fast keinen Beruf mehr, in dem die Frau nicht vertreten ist. Vom leichteren Schreibdienst bis zur harten Transportarbeit. An den Häfen stehen viele junge Mütter und löschen Kohlen. Mit äußerster Kraftanstrengung versehen sie ihr Amt, arbeiten rastlos und erwarten sehnsüchtig die kurze Abendstunde, die sie bei ihren Kindern weilen dürfen. In Ziegeleien sieht man sie schwer schaffen im Schweiße ihres Angesichts; sogar am Kesselfeuer arbeiten sie als Heizerinnen.

Man legt sich unwillkürlich die Frage vor: Kann der weibliche Körper all die Strapazen ertragen, ohne dauernden Schaden zu nehmen? Und wenn der Krieg vorbei ist, werden diese Frauen den Familien wiedergegeben werden? Aber was wird aus den Tausenden von Kriegerwitwen und Bräuten, die vielleicht nie wieder heiraten können oder wollen; was aus den zahllosen Frauen schlecht bezahlter Arbeiter, die doch stets gezwungen sein werden, mitzuverdienen? Da gilt es, vor allen Dingen bessere Arbeitsbedingungen, Arbeiterinnenschutz, kürzere Arbeitszeit, gleichen Lohn für die Frauen zu erkämpfen. Es darf nicht sein, daß die Frau dem Manne, der mit seinem Leibe Heim und Herd schützte, da draußen im Felde täglich, stündlich dem Tod ins Angesicht sah, als Lohndrückerin entgegentritt. Es darf auch nicht sein, daß die Kräfte der Frau in langer schwerer Arbeit zu früh verbraucht werden. Sie hat ja außer ihrem Beruf als Arbeiterin und Hausfrau auch die heiligste Pflicht zu erfüllen, Mutter zu sein. Das aber kann sie kaum unter den obliegenden Verhältnissen. Es gilt, bessere Zustände zu erkämpfen, damit der Frau, auch wenn sie Lohnarbeiterin ist, doch Zeit bleibt, sich der Familie widmen zu können. Deshalb kommt der **Werbemonat für unsere Frauenbewegung zur rechten Zeit. Die Frau gehört in die sozialdemokratische Partei;** nur eine starke politische Organisation kann den genügenden gesetzlichen Schutz für die arbeitende Frau und Mutter erreichen.

Danziger Nachrichten

Vor dem Abschied

In der Straßenbahn fuhr ich mit ihnen, Arbeiter waren es: Mann und Frau. Beide jung. Sie: eine hell und sauber gekleidete Blondine. Er: dunkel, sehnig; seine muskulösen Glieder steckten in der Uniform eines Artilleristen. Sein Urlaub mußte zu Ende sein. Seine Feldausrüstung war über[illegible] und überschnürt mit einer Anzahl von Schächtelchen und Paketen. Einander gegenüber hatten sie in einem sommerlichen offenen Anhängewagen Platz genommen. Sie sprachen nicht viel miteinander. Nur ihre Augen suchten sich: ständig, [illegible] aufhaltsam, als existierten die Mitfahrenden gar nicht für sie. Ganz nahe hatten sie die Köpfe aneinander gerückt. Wenn der Wind in ihr Blondhaar fuhr, dann streichelten ihre hellen Strähnen seine braune Wange. Oder seine Finger, in denen leises Zittern vibrierte, fuhren über ihren weißen ärmellosen Unterarm. Dann dankte aus ihren halb noch mädchenhaften Augen ein warmes, blaues Leuchten. Aber in seinen schwarzen Blicken glomm ein Funkeln, das mehr war, als der Wiederschein des Sonnenlichtes.

So fuhren sie von Haltestelle zu Haltestelle, aus der Peripherie der Stadt in das Herz des Häusermeeres hinein, Haupt an Haupt, Kinn an Kinn, Hand in Hand. Die Wehmut der Scheidestunde umzitterte ihre Gestalten. Aber sie machte die stille Glückseligkeit des letzten Beisammenseins der beiden nicht herb und schwer. Eine Goldwolke von Innigkeit und Zärtlichkeit umhüllte sie, machte sie taub und blind von der Mitwelt. Nicht die gelegentlichen Worte oder das leise quellende Lachen lockte meine Aufmerksamkeit, sondern dieses zähe Sich-in-einander-saugen der Blicke, die auch nicht eine Sekunde voneinander ließen. . . . Ein junges Glück, in das der Krieg seine Pranken geschlagen, fuhr da neben mir. Ein Glück, das so reich im Ueberfluß schwelgte, daß es garnicht merkte, wie seine Goldstrahlen auch in meinen Schatten hinüberrieselten.

Vor dem Hauptbahnhofe stiegen sie aus. Sie: blond und weiß und anmutig. Er: schwer und fest, mit letzten Gaben der Heimat schier überpackt. So verließen sie den Straßenbahnwagen. So überschritten sie den von Menschen und Wagen überfluteten Platz. Meine Augen aber hingen wie gebannt an ihnen und schauten ihnen nach, bis sie der Strom der Großstadt schließlich ganz verschlungen hatte. . . .

Danziger Stadttheater

Als erste Wagneroper ging in dieser Spielzeit „Lohengrin" am Sonntag über die Bühne. Wir haben das Werk anläßlich der vorjährigen Aufführung ausführlich besprochen. Die Besetzung der Hauptrollen war dieselbe, bis auf die Rolle der Ortrud, die von Frau Eva Clairmont ge[illegible]en wurde. Stimmlich beherrschte sie mit ihrem volltönenden Organ die Rolle völlig, jedoch war in der Darstellung des Dämonischen Fräulein von Czarlinska in der vorjährigen Aufführung charakteristischer. Das Haus war wieder ausverkauft. —

Der erste Heldentenor der Dresdener Hofoper, Königlicher Kammersänger Fritz Vogelstrom, wurde für ein zweimaliges Gastspiel verpflichtet, und wird Dienstag, 23. Oktober, den „Lohengrin" und Donnerstag, 25. Oktober, den „Pedro" in d'Albert's Oper „Tiefland" singen. —

Die Vorstellungen finden außer Abonnement bei erhöhten Preisen statt.

Dinses Globus-Theater

bietet wieder mit seinem neuen Spielplan eine reiche Fülle angenehmer Darbietungen. Neben guten artistischen Leistungen kommt auch der Humor reichlich zu Wort. Der Schluß des lebenswerten Programms bildet die urkomische zeitgemäße Posse „Stiefelnot". Der Besuch des beliebten Varietés kann nur empfohlen werden.

F. Dinses Globus-Theater erfreut sich weiter großer Beliebtheit und ist Dir. Dinse stets bemüht, immer wieder neue abwechslungsreiche Programme zu bieten. Aus dem diesmaligen ist besonders hervorzuheben, der einbeinige Handstandkünstler A. Delbost, die vorzüglichen Turner Geschw. Kuttert mit ihrer lebenden Schaukel, Ben Abuk Almida mit seinem Zahnkraftakt. Die Verwandlungstänzerin Tamasa, der brillante Komiker Prunner, das elegante Tanzduett 2 Stanweys, die Vortragskünstlerin Arnoldi. Zur Aufführung gelangt jetzt die urkomische Posse „Stiefelnot". Heute Sonnabend findet eine große Vorstellung um 8 Uhr statt. Morgen Sonntag zwei große Vorstellungen, um ½4 Uhr und 7 Uhr. In der Woche beginnen die Vorstellungen um 8 Uhr. Wünschenswert ist es, sich für Sonn- und Wochentage im Vorverkauf die Plätze zu sichern.

Mangelhafte Kartoffelversorgung

Obwohl wir eine gute Kartoffelernte haben, ist die Versorgung der Danziger Bevölkerung keine ausreichende und den vorhandenen Nahrungsmitteln entsprechende. Die Bevölkerung wird ganz richtig auf die Kartoffeln hingewiesen. Das Kriegsernährungsamt in Berlin schreibt: „In den nächsten Monaten, in denen die Kartoffelzufuhr am sichersten ist, die Kartoffeln auch den höchsten Nährwert haben und die Spätgemüseversorgung in vollem Umfange einsetzt, werden deshalb die Nährmittel (Graupen, Teigwaren und dergl.) entsprechend weniger verteilt werden". Von der Lieferung des Spätgemüses merken wir hier noch wenig und von der Lieferung aus der guten Kartoffelernte kann man wohl sagen, daß sie eigentlich schon jetzt versagt. Viele Familien sind jetzt schon ohne Kartoffeln. Wenn alle andern Nahrungsmittel ausreichend vorhanden wären, dann könnte 1 Pfund Kartoffeln zur Not ausreichen, wenn aber die andern Nahrungsmittel zurückgehalten werden, dann reicht die zugebilligte Kartoffelmenge nicht entfernt aus. Weiter kommt hinzu, daß die Danziger Bevölkerung dieses eine Pfund nicht einmal erhält. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Danzig hat sich deshalb in einer Eingabe an das Kriegsernährungsamt in Berlin gewandt und um stärkere Zuweisungen gebeten. In dieser Eingabe wird gesagt:

„Die erwachsene Bevölkerung von Danzig ist seit fünf Wochen ohne Mühlenfabrikate, weil der Stadt zu wenig von diesem wichtigen Nahrungsmittel vom Reiche zugewiesen wird. Alle Reserven sind in der vorhergehenden knappen Zeit ver-

Feuilleton

Kriegseinheitsstiefel für die Zivilbevölkerung. Der zunehmende Mangel an Leder zwingt dazu, in Zukunft die Herstellung von Lederstiefeln auf ein Mindestmaß einzuschränken. Als hauptsächlichstes Material für Schuhwerk wird in Zukunft Holz für die Sohle und Stoff für den Schaft in Frage kommen. Hierdurch wird es möglich werden, eine Steigerung der Erzeugung herbeizuführen, wodurch die Beschaffung von Schuhwerk den Verbrauchern wesentlich erleichtert wird. Es werden zwei Arten von Einheitsschuhen hergestellt, deren einfachste Form eine Vollholzsohle erhält, an der ein Schaft aus Tuch oder anderen Stoffen befestigt wird. Die zweite Art erhält eine Halbsohle und eine Unterlohle aus geeigneten Ersatzstoffen; am Zusammenstoß des Schaftes mit der Sohle werden schmale Lederstreifen zum Schutz angebracht. Für diese beiden Arten der Kriegsschuhe werden durch eine Sachverständigenkommission Einheitspreise festgesetzt. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, diese Preise möglichst niedrig zu halten; entscheidend hierfür ist die Gestaltung der Preise für Holzsohlen, über die gerade gegenwärtige Verhandlungen mit den zur Herstellung herangezogenen Fabriken schweben. Ferner wird in Zukunft zur Ersparung von Material Damenschuhwerk nur noch ein Drittel als Schnürstiefel hergestellt, während zwei Drittel auf Schnürhalbschuhe entfallen werden. Für die Schäfte der Schnürstiefel ist eine Höhengrenze vorgeschrieben, und zwar darf der Schaft vom oberen Schaftende bis zum Ablaß, an der Seite gemessen, höchstens 16,5 Zentimeter betragen. An dem Damenschuhwerk ist die Höhe des Ablaßes mit 5,5 Zentimeter als Höchstmaß beschränkt worden; aber diese Höhe ist nur zulässig, soweit den Fabriken Leistenmaterial für niedrigere Abläße nicht zur Verfügung steht. Wo solches vorhanden ist, dürfen nur noch Abläße von 2 bis 4,5 Zentimeter Höhe angefertigt werden. Die Herstellung von Kinderschuhen wird eingeschränkt werden, um das verfügbare Material in erster Linie für den Straßenschuh bereitzustellen.

— **Der Holzteppich.** Einen neuen Parkettbelag, der nicht mit Unrecht den Namen Holzteppich führt, haben zwei Schweden, der Ingenieur Albert Hörlin und der Kaufmann Lindberg in Smålholm erfunden. Das Parkett, für das nur noch ein Bruchteil des bisher für Parkettböden benötigten Holzmaterials gebraucht wird, setzt sich aus ganz dünnen Holzteilchen zusammen, die auf eine Unterlage aus Furnier und Stoff zu einer Art von Teppich verarbeitet werden. Die Herstellung des Holzteppichs erfolgt, nach der „Umschau", in besonders für diesen Zweck konstruierten Pressen unter hohem Druck. Hierauf ist nur noch eine Trocknung in besonderen Trockenöfen erforderlich. Der Preis der Holzteppiche, die in diesem Herbst zum erstenmal auf den Markt kommen sollen, entspricht ungefähr dem Friedenspreis eines guten Inlaidlinoleums.

— **Woher stammt das Billardspiel?** Das Billardspiel, das schon seit langem eine allgemeine Verbreitung unter den Kulturvölkern gefunden hat, ist nicht, wie die meisten anderen Spiele, auf einen bestimmten Erfinder oder doch auf bestimmte Vorgänge zurückzuführen. Man weiß nur, daß es schon im 16. Jahrhundert bekannt war. Wenn sich sowohl Engländer wie Franzosen um die Ehre der Erfindung streiten, so hat dies wohl vornehmlich seine Ursache in der Ableitung des Wortes „Billard". Die Engländer leiten den Namen des Spiels von „bal-yard" ab, das heißt von dem Stock, mit dem man das Spiel früher trieb, während die Franzosen „bille" (Kugel) als Stammwort bezeichnen. Ob aber das Spiel wirklich aus Frankreich oder England stammt, ist recht zweifelhaft. Eine Notiz des eigentlich zuverlässigen französischen Schriftstellers Mercier läßt eigentlich darauf schließen, daß das Spiel aus dem Süden stammt. Er erzählt nämlich, daß es zu Ende des 16. Jahrhunderts in ganz Paris nur ein einziges Billard gab, das im Louvre stand. Es war aus Italien gekommen und diente den Hofleuten der Katharina von Medici zur Unterhaltung. Das zweite Billard ließ der reiche Kabinettsrat Peter Damours ebenfalls aus Italien kommen und im Prunksaale seines Palastes aufstellen, wo es lange eine Art Sehenswürdigkeit bildete. Eigentlich Mode wurde das Billard erst unter Ludwig XIV., der es so gerne spielte, daß er seinen regelmäßigen Partner Chamillard für die Geschicklichkeit im Carambolieren mit einem — Ministerposten belohnte. Lange blieb das Billardspiel ein Zeitvertreib der Großen und erst während der großen Revolution von 1789 stieg es, wie so vieles andere, aus den Palästen auf die Straße herab, ins Gasthaus.

raucht worden. Nur Kinder erhalten für die Woche 125 Gramm Grieß oder Haferflocken. Den Erwachsenen wurden als Ersatz eine kleine Büchse Oelsardinen zum Preise von 1,55 Mk. zugewiesen. Die Ostseefische sind sehr knapp und werden zum Teil noch zum Räuchern verwandt. Die Bevölkerung ist in der Ernährung auf die geringen Mengen von Brot und Kartoffeln angewiesen, die nicht entfernt zur Ernährung ausreichen, oder die 500 Gramm Kohlehydrate darstellen, die der Mensch zur täglichen Ernährung gebraucht. Dieser Bedarf ist bei dem Mangel an Fett sogar noch höher. Gemüse und Obst ist nun zwar vorhanden, aber durch die Provinzialstelle für Gemüse und Obst im Preise derart in die Höhe gebracht, daß diese Nahrungsmittel für die Masse der Verbraucher ebensowenig zu bezahlen sind wie die Oelsardinen. Aus diesem Grunde gelangen in viele Familien weder Oelsardinen, noch Obst und Gemüse. Letzteres allenfalls noch, aber in so geringen Mengen, daß es bei der Beschaffung des täglichen Nährstoffes wenig ins Gewicht fällt. Die Lebensmittelpreise sind oft um das Vierfache gestiegen, das Einkommen aber ist bei Vielen das gleiche geblieben, bei andern allenfalls auf das Doppelte erhöht. Die Bevölkerung muß tatsächlich auch jetzt noch Mangel leiden, so weit sie nicht zu dem letzten Mittel greift, der Benutzung der städtischen Speisehallen. Aber auch die große Portion der Speisehalle reicht nicht aus, um einen kräftigen und gesunden Menschen zu ernähren.

Die Ernte ist eingebracht und es besteht jetzt kein zwingender Grund mehr, — die Nahrungsmittel derart knapp zu halten. Wenn aber wirklich nicht ausreichend Mühlenfabrikate zu beschaffen wären, dann sollte man der Stadt für diese Zeit so viel Kartoffeln zuweisen, daß sich jede Familie mit diesem wertvollen Nahrungsmittel voll sättigen kann. Dazu wäre eine tägliche Zuweisung von 2 Pfund pro Person und Tag notwendig. Wie wir erfahren, stehen dem Magistrat die hierfür nötigen Kartoffelmengen nicht zur Verfügung, da sie von den Erntestellen durch die Eisenbahn nicht herangeholt werden können. Die Eisenbahnverwaltung müßte aber auf den Fall soviel Waggons bereit stellen, damit sich die Stadt genügend mit diesem nächst dem Brot wichtigsten Lebensmittel versorgen kann. Die geernteten Kartoffeln lagern jetzt noch zum größten Teil im Freien. Jede Nacht kann aber Frost bringen. Tausende von Zentnern würden dann erfrieren und so für die menschliche Nahrung zum größten Teil unbrauchbar. Die kommende Winterszeit wird schon genug an Entbehrungen bringen. Mögen die verantwortlichen Stellen dafür sorgen, daß keine Kartoffelkatastrophe eintritt.

Bezugsgenehmigungen der Provinzialkartoffelstelle

Für diejenigen Verbraucher, die ihren Kartoffelvorrat am 1. Mai oder 3. August unmittelbar von dem Erzeuger kaufen wollen, kann der Magistrat die Bezugsscheine ohne weiteres ausstellen, wenn der Erzeuger in den Landkreisen Danzig-Höhe, Neustadt, Berent, Karthaus, Pr. Stargard, Schwetz, Stuhm, und Tuchel wohnt. Wer aber in einem anderen Kreise der Provinz Westpreußen einen ihm bekannten Landwirt findet, der ihm Kartoffeln liefern will, gebraucht zunächst eine Bezugsgenehmigung von der Provinzialkartoffelstelle in Danzig. Diese Bezugsgenehmigungen werden nur noch bis zum 25. Oktober einschließlich ausgestellt. Die Lieferung hingegen kann auch noch später erfolgen.

Unsere Gemüseversorgung

Die Marktplätze bevölkern wieder enttäuschte Frauen. Mohrrüben und Kohl, die hauptsächlichsten Nahrungsmittel, bleiben für die meisten Marktbesucher. Die Zwiebel wird dann erst zum Vorschein kommen, wenn die sogenannten „ausländischen", die dem Höchstpreis nicht unterstehen, auf den Markt erscheinen. Dann werden sie wieder vermischt und für teures Geld verkauft werden. Es sind eben die halben Maßnahmen der Behörden, die zu solchem verbrecherischen Tun Gelegenheit geben. Warum wurden denn nicht die gesamten Feldfrüchte auf den Markt gebracht, freiwillig oder durch Zwang? Es ist ganz gleich auf welche Art; die Lebensmittel sind zur Ernährung der Menschen und nicht für Spekulanten da. Würde das gesamte geerntete Gemüse auf den Markt kommen, dann würde nicht solches Gedränge entstehen, wie es geschieht, wenn der klägliche Rest einer Ladung zum Verkauf angeboten wird. Dann wird zentnerweise das Gemüse in die Häuser gutzahlender Leute gefahren, ein großer Teil des Gemüses wird vom Erzeuger abgeholt. Für den Markt bleibt ein geringer Rest oder nichts. Die Behörden sehen ja nicht die Tränen, beobachten nicht die Hausfrauen, wie sie von einem zum andern Stand wandern oder stundenlang stehend warten, manchmal vergeblich. Würden die Herren solchen Anschauungsunterricht genießen, würden sie auch für Besserung sorgen.

Im Gegensatz zu Gemüse ist das Angebot in Pilzen groß. Der Hallimasch, ein guter Speisepilz, ist jetzt am stärksten vertreten, er kostet 30—40 Pf. das Litermaß. Grünlinge sind auch stark vertreten. Der Champignon kommt weniger vor. Hoffen wir, daß die kalte Witterung nicht so bald einsetzt.

Eine kleine komische Begebenheit fand in Langfuhr statt. Eine der Pilzfrauen war umdrängt von Käuferinnen. Oft kommt es vor, daß Abgefertigte nur mit Mühe aus dem Knäuel kommen können. Was sonst den Frauen nur mit Mühe gelang, gelang mit Leichtigkeit einem kleinen Geschöpf. Die Pilzfrau war dabei, Grünlinge in ein Gefäß zu schütteln, als aus dem Korb ein Mäuschen sprang. Im Augenblick war der Kreis gesprengt und die Neustädter Maus begann einen Streifzug durch Langfuhr.

* **Die Fleischversorgung.** Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist auch in der am 1. November beginnenden neuen Fleischumlegungsdauer die Fleischversorgung auf der Grundlage der Wochenmenge von 250 Gramm gesichert. Die jüngst von der Reichsfleischstelle und dem Beirat der Reichsfleischstelle geführten Verhandlungen ergaben die Uebereinstimmung aller Sachverständigen darüber, daß unser Viehstapel die weitere Fleischversorgung im bisherigen Umfange zuläßt.

* **Nur ein Fleischgericht!** Nach der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1916 darf in Restaurationen jedem Gaste bei einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabfolgt werden. In zahlreichen Gastwirten wird diese Bestimmung dahin ausgelegt, daß sie sich lediglich auf solche Fleischspeise bezieht, die dem Fleischkartenzwang unterliegen. Diese Annahme ist unrichtig. Nach einer Mitteilung des Kriegswucheramts gehört unter diejenigen Fleischgerichte, von denen nicht mehr als zwei auf der Speisenkarte aufgeführt und nicht mehr als eine an jeden Gast abgegeben werden dürfen, auch das Fleisch von kartenfreiem Geflügel, wie Enten und Gänse, sowie das gegenwärtig markenfrei verkaufte Fleisch von Spanferkeln.

Kohlennot

Aeußerst selbstlobend war der Magistrat im vorigen Jahr, als in einer Stadtverordnetensitzung über die Kohlenfrage gesprochen wurde. Die Verhältnisse in Danzig wurden hierbei als äußerst günstig bezeichnet. Wir wiesen schon damals darauf hin, daß zu einer Weihräucherung des Magistrats wegen der „glänzenden" Kohlenversorgung keine Ursache vorläge. Die minderbemittelte Bevölkerung hatte schon damals schwer unter der Kohlennot zu leiden. Wir sahen voraus, daß es in diesem Winter noch bedeutend schlimmer werden würde. Deshalb forderten wir mehrmals die schleunige Einführung der Kohlenkarte und Beschlagnahme der vorhandenen Vorräte. Leider predigten wir auch hier wieder tauben Ohren. Vom Magistrat wurde im Laufe des Sommers versichert, daß für eine ausreichende Versorgung der Danziger Bevölkerung Sorge getragen würde. Die Einführung der Kohlenkarte erfolgte jedoch nicht. Erst nach einer verunglückten anderseitigen Regelung ist sie jetzt eingeführt worden. Im Sommer haben sich jedoch viele wohlhabende Leute mit Kohlen reichlich versehen können. Diese Bestände sollen jetzt nachgeprüft und zum Teil beschlagnahmt werden. Das wäre bei rechtzeitiger Einführung der Kohlenkarte nicht notwendig gewesen. An den Kohlenhöfen spielen sich jetzt schlimme Szenen ab. Die Bevölkerung muß schon genug unter dem Mangel an Lebensmitteln leiden. Die verantwortlichen Stellen, vor allem die Eisenbahnverwaltung, sollten alles möglich machen, um genügende Kohlenmengen heranzuschaffen. Jede Unterlassung könnte sonst schlimme Folgen haben.

* **Strenger Winter in Sicht?** Der Leiter des Wetterdienstes der Zentralstelle für Meteorologie, Dozent Dr. Paul Defaut in Wien, äußerte sich über die Wetteraussichten wie folgt: „Falls die Luftdruckverteilung, die jetzt zu verzeichnen ist, anhält, müssen wir uns auf einen Strahlungswinter gefaßt machen, den besonders niedere Temperaturen charakterisieren. Wir haben in diesem Fall ein heiteres windstilles Wetter zu gewärtigen, das in den unteren Schichten der Atmosphäre sehr kalt, in den höheren Lagen jedoch, namentlich im Gebirge, relativ sehr mild sein wird. Diese Voraussage hat jedoch nur den Wert der Wahrscheinlichkeit in sich. Es wird sich, wenn die Wetterlage keine besondere Veränderung erfährt, ein ungewöhnlicher Frühwinter einstellen. Insbesondere werden die Nächte durch Ausstrahlung der unteren Luftschichten gegen den freien Himmel sehr kalt werden. Von einem solchen Winter ist es zumeist der Fall, daß es erst reichlichen Schneefall gibt. Die Landwirte werden ermahnt, die Kartoffelernte möglichst rasch zu beenden, ebenso die Futterrübenernte.

Schwören wird natürlich niemand auf diese Prophezeiung.

* **Erleichterung der Heiraten von Militärpersonen** bezwecken zwei Verfügungen des Kriegsministeriums. Bei Gemeinen und Unteroffizieren, die nicht über den Krieg hinaus kapituliert haben, darf für die Dauer des Krieges von einem Vermögensnachweis abgesehen werden. Auch ist die Erteilung der Heiratserlaubnis nicht abhängig zu machen von der Verpflichtung der Eltern oder Schwiegereltern, im Falle eines Notstandes für die Frau sorgen zu wollen.

Verteuerung des Eisenbahnverkehrs

Die Königliche Eisenbahndirektion Danzig teilt uns mit: Vom 18. Oktober d. Js. wird auf den Deutschen Bahnen bei Benutzung von Eil- und Schnellzügen neben dem Fahrpreise noch ein besonderer Ergänzungsbetrag erhoben:

3 Mark	bei einem Fahrpreise	bis 5	Mark
8 "	" " "	über 5—10	Mark
13 "	" " "	" 10—15	"
20 "	" " "	" 15—25	"
30 "	" " "	" 25—35	"

usw. um je 10 Mark steigend.

Ueber die nachteiligen Wirkungen dieser Regelung schreibt der „Vorwärts":

Daß diese bureaukratischen Gewaltmaßregeln eine wesentliche Umgestaltung des Personenverkehrs auf unseren Eisenbahnen zur Folge haben werden, ist zweifellos. Daß sie aber eine Verminderung des Verkehrs bewirken könnte, dürfte außerhalb der Eisenbahnverwaltung kein Mensch für wahrscheinlich halten. Denn zum Vergnügen reist heutzutage niemand, zumal jetzt seit Beginn der kalten Jahreszeit. Und schlechterdings notwendige Reisen müssen eben gemacht werden, auch wenn sie mit noch so hohen Kosten und Schikanen verbunden sind. Der Effekt der Maßregeln wird einfach darin bestehen, daß die Leute, die sich den Luxus der um 100 Prozent verteuerten Fahrkarten leisten dürfen, von jetzt ab in weniger stark besetzten Schnell- und Eilzügen bequem reisen können, während die minderbemittelte Bevölkerung sich in noch schlimmer überfüllte Personenzüge drängen muß, falls sie sich nicht durch die vorgesehene Sperrung des Fahrkartenverkaufs von der Fahrgelegenheit überhaupt ausgeschlossen sieht! Was schließlich die beabsichtigte Erschwerung des Sonntagsverkehrs anbetrifft, so bleibt es ein Geheimnis der Eisenbahnbehörde, in welcher Weise sie dabei das Erholungsbedürfnis des Großstädters berücksichtigen will. Soviel wir wissen, pflegen Sonntagsausflüge auf der Eisenbahn von den Bewohnern kleiner Landstädte kaum unternommen zu werden. Jede Beschränkung und Verteuerung dieses Verkehrs könnte also immer nur die erholungsbedürftigen Großstädter treffen!

So stellt sich dieser neue Ukas des Eisenbahnministers als eine der sinnlosesten und schädlichsten Maßnahmen dar, die eine lebensfremde Bureaukratie jemals ersonnen hat. Er wird nicht nur seinen praktischen Zweck vollständig verfehlen, sondern auch in weitesten Schichten der Bevölkerung eine ebenso starke wie berechtigte Verärgerung hervorrufen.

Bemerkenswerte Neuordnung!

Vor der hiesigen Strafkammer spielt sich kürzlich ein sonderbarer Prozeß ab. Als das Opfer geheimer Personalakten, einer Erbschaft des ältesten Mittelalters, mußte sich der Lehrer Ernst B. wegen Beleidigung des Regierungs- und Schulrates Steinbrecher verantworten. B. war im Regierungsbezirk Danzig beschäftigt und schied im Jahre 1907 auf seinen Antrag freiwillig aus dem öffentlichen Schuldienst, um in eine höhere private Schule einzutreten. Auf seinem ferneren Lebenswege wurde er nach einiger Zeit immer aus Brot und Stellung verdrängt. So ging es ihm in Berlin, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Aachen, Koblenz usw. Handelsschulen, die er erfolgreich gründete, mußte er wieder aufgeben und es gelang ihm nicht, hinter den wirklichen Grund zu kommen. Nur soviel glaubte er zu wissen, daß die Quelle seiner Verfolgung in seinen geheimen Personalakten liegen müsse. Er glaubte, zuverlässig erfahren zu haben, daß dort über ihn die Worte „sittliche Verfehlung" standen. B. bestreitet entschieden, sich jemals einer sittlichen Verfehlung schuldig gemacht zu haben. Er ist auch niemals wegen einer derartigen Sache angeklagt oder bestraft worden. In Verzweiflung und Aufregung schrieb er an die Regierung in Danzig und an das Provinzialschulkollegium in Berlin und wandte sich in scharfen Worten gegen den Schulrat Steinbrecher, der eventuell solche Eintragung in die Personalakten gemacht habe. Er werde wie ein Wild im Lande umhergehetzt, nur weil in seinen Personalakten eine solche Verdächtigung eingeschrieben wurde, die er als Verleumdung bezeichnete. Diese Verdächtigung zu beseitigen, sei er seinen Kindern schuldig. Einen Namen hatte er in diesen Eingaben vom 26. und 27. Januar 1916 nicht genannt. Nun stellte Geheimer Regierungs- und Schulrat Steinbrecher in Danzig gegen B. Strafantrag wegen Beleidigung. Im Laufe der nun folgenden Vernehmungen glaubte B. erkannt zu haben, daß er sich im Irrtum befand und solche Eintragung gar nicht bestand. Er nahm deshalb seine Aeußerungen mit dem Ausdrucke des Bedauerns zurück und bat um Zurücknahme des Strafantrages gegen ihn. Der Beleidigte lehnte aber die Zurücknahme ab, und so wurde gegen B. verhandelt. Die Geheimakten wurden verlesen, und es ergab sich, daß die von dem Angeklagten vermutete Eintragung „sittliche Verfehlung" tatsächlich vorhanden ist und von Steinbrecher tatsächlich herrührt. — Der Staatsanwalt beantragte trotzdem wegen formaler Beleidigung 2 Monate Gefängnis. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Wegen eines Schreibens erfolgt Freisprechung, weil der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. In dem anderen Schreiben sei die Form zu weitgehend und lasse die Absicht der Beleidigung deutlich erkennen. Das Gericht habe jedoch die Lage des Angeklagten berücksichtigt. Er habe nur feststellen wollen, ob die Bemerkung in seinen Akten steht. Deshalb sei eine Strafe von 100 Mark für ausreichend erachtet worden.

Wie trotz der ganzen Sachlage überhaupt eine Bestrafung erfolgen konnte, vermögen wir nicht zu begreifen.

Große Getreideschiebungen

urteilte die Strafkammer in Danzig gegen die Kaufleute Bruno J a k o b und Gustav R a s ch aus Danzig und Mühlenbesitzer Julius W ö l k e aus Ohra ab. Rasch war bereits verhaftet, wurde aber wieder freigelassen. Als er am 5. Oktober 1916 wieder verhaftet werden sollte, rückte er aus. Vom Dezember 1916 bis Juni 1917 war er zum Heeresdienst eingezogen, wurde aber zum Zweck der Strafverfolgung wieder entlassen. Die erste Freilassung erfolgte also recht unvorsichtig! Er hat beschlagnahmte Gerste, als Sachverständiger natürlich ganz irrtümlich, für 27 bis 40 Mark pro Zentner gekauft, obwohl der Höchstpreis 14 bis 15 Mark betrug. Dafür verkaufte er den Zentner für 34 bis 55 Mark. Grütze ließ er sich pro Zentner mit 80 bis 100 Mk. bezahlen, während der Höchstpreis 30 Mark betrug. Vor Gericht rühmte er diese „Freiheit des Handels" noch als verdienstlich (n i c h t im Geldsinne) weil er dadurch die Volksernährung verbessert habe! Kaufmann J a k o b nahm für den Zentner Grütze, trotz des Höchstpreises von 30 Mark, 82 bis 96 Mark. Zu seiner Entschuldigung berief er sich auf die Landwirtschaftliche Großhandels-Gesellschaft, die an der Börse ganz offen Grütze für 79 bis 80 Mark verkauft habe. D i e s e G e s e l l s c h a f t h a b e a u ch d i e T o n n e E r b s e n m i t 500 M a r k g e k a u f t u n d f ü r 720 M a r k a n d i e M i l i t ä r v e r w a l t u n g v e r k a u f t! Der Gerichtsvorsitzende machte hierbei die geradezu ungeheuerliche Mitteilung, d a ß d a s V o r s t e h e r a m t d e r D a n z i g e r K a u f m a n n s c h a f t a m t l i ch e i n e n S a ch v e r s t ä n d i g e r v o r g e s ch l a g e n h a b e, d e r s e l b e r w e g e n K r i e g s w u ch e r — ü b e r m ä ß i g e r P r e i s s t e i g e r u n g — b e s t r a f t s e i! Der Grützenhandel wurde hauptsächlich mit der Berliner Firma Theodor Moser getrieben. Mühlenbesitzer W ö l k e hat verbotene Grütze in solchem Umfange hergestellt, daß ihm, wie er behauptet, die Gerste mit Fuhrwerken der Landwirte und der Festungs-Fuhrpark-Kolonne angefahren und die Grütze mit der Eisenbahn verladen wurde. R a s ch wollte begnadigt sein, was das Gericht ablehnte. J a k o b wollte mit seinen Nerven so herunter sein, daß er sich nicht verteidigen könne. Ein ärztlicher Sachverständiger widerlegte diese Ausflucht. Der Berliner Kriminalkomissar L e h n e r t überraschte Rasch bei der Entdeckung so, d a ß d i e s e r i h m s e l b s t K a u f a n g e b o t e m a ch t e u n d f ü r G e r s t e, d i e e r m i t 18 b i s 24 M k. b e z a h l t h a t t e, n u r 120 M k. p r o Z e n t n e r f o r d e r t e. Stadtrat G r ü n s p a n bezeichnete diesen Handel als Sachverständiger als g e m e i n s ch ä d l i ch. Die Grütze wurde der Stadt entzogen um im Reiche unter großer Preisüberschreitung verkauft zu werden. Auch Kaufmann G r o ß bezeichnete dieses „Geschäft" a l s v o l k s w i r t s ch a f t l i ch v e r d e r b l i ch! Das Gericht verurteilte R a s ch zu 9 Monaten Gefängnis und 8800 Mk. Geldstrafe. Er wurde sofort verhaftet. J a k o b erhielt 6 Monate Gefängnis und W ö l k e 1200 Mk. Geldstrafe. Der S t a a t s a n w a l t hatte beantragt: Für R a s ch 6 Monate und 67 000 Mk. Geldstrafe; für J a k o b 1 Monat und 33 000 Mk, für W ö l k e 5200 Mk. Geldstrafe. Die Staatsanwaltschaft dürfte zur Erzielung einer höheren Strafe das Urteil anfechten.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft, das Treu und Glauben durch so interessante Sachverständige zu schützen sucht, steht selbstverständlich an der Spitze der Rufer nach der unbeschränkten „Freiheit des Handels"!

Womit unsere Gerichte sich beschäftigen

Die Arbeiter Schüller und Bobert in Danzig hatten eines Abends in mehreren Lokalen Bier getrunken und waren gerade auf dem Heimwege, als beide von großem Hunger geplagt wurden. Während sie an einem Bäckerladen vorübergingen, äußerte Schüller, er wolle in den Laden einsteigen und etwas Brot holen. Er verschaffte sich dann gewaltsam Einlaß in den Laden und holte ein halbes Brot im Werte von 20 Pf. heraus. Die Hälfte davon gab er dem Bobert und beide verzehrten ihren Anteil sofort. Der Diebstahl kam zur Kenntnis der Behörden und das Landgericht Danzig hatte sich mit der Sache zu befassen. Da sich die Tat des Schüller nur als Mundraub darstellte, so wäre ein Strafantrag erforderlich gewesen. Der bestohlene Bäcker aber war verständig genug, auf die Stellung eines Strafantrages zu verzichten. Deshalb mußte das Verfahren gegen Schüller als unzulässig eingestellt werden. Aber der Bobert hatte keinen Mundraub begangen, sondern nur von dem gestohlenen Brote mitgegessen. Darin sah das Landgericht den Tatbestand der „Hehlerei" und es verurteilte diesen Angeklagten zu 1 Tag Gefängnis. Der Tatbestand wurde vom Gericht so konstruiert: Sch. hat den B. nicht bloß abbeißen lassen, sondern ihm ein Stück Brot zur freien Verfügung übergeben, wobei er es ihm überließ, ob er es verzehren oder mit nach Hause nehmen wollte.

Auf die von B. eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Elbing. Zur Begründung wurde gesagt: Die Uebertragung der Verfügungsgewalt ist vom Landgericht nur damit begründet, daß der Geber dem Angeklagten die Verfügungsgewalt habe übertragen wollen. Das reiche aber keineswegs aus zu der Feststellung, daß der Angeklagte Bobert die Verfügungsgewalt erhalten hat. Wie der Empfänger die Sache aufgefaßt hat, ist nicht festgestellt. Es ist weder festgestellt, daß Bobert von der Willensrichtung des anderen unterrichtet war, noch daß er selbst die gleiche Willensrichtung gehabt hätte.

Diese erstaunliche Fülle juristischen Scharfsinns wird aufgewandt wegen eines lumpigen Stückes Brot, das zwei junge hungrige Menschen zusammen verzehrt haben!

* **Kein Bedarf an neuen Kunstprodukten.** Ein rühriger Unternehmer wollte ein neues kunstvolles Blutnährmittel herstellen. Er bekam aber die Erlaubnis nicht und wandte sich beschwerdeführend an die für seinen Wohnort zuständige Regierungsstelle, den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Von dort bekam er folgende treffende Antwort:

„Ein volkswirtschaftliches Bedürfnis zur Vermehrung der zahlreichen, bereits seit der Zeit vor Kriegsbeginn bestehenden Erzeugnisse ähnlicher Art wie die Ihrigen herstellenden Geschäfte während der Kriegszeit kann nicht anerkannt werden, da die vermehrte Herstellung solcher Erzeugnisse lediglich zu einer wesentlichen Verteuerung von Rohstoffen führt, die in ihrer natürlichen

Form der Volksernährung besser und billiger zugute kommen würden. Es kommt hinzu, daß die von Ihnen zu verarbeitenden Rohstoffe erwiesenermaßen zum Teil aus dem Schleichhandel herstammen und zu Einkaufspreisen erworben werden mußten, die einen Vertrieb Ihrer Fabrikate zu einem angemessenen Verkaufspreis von vornherein unmöglich machten. Die Tatsache, daß es sich dabei in großem Umfang um Rohstoffe handelt, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, zeigt deutlich die volkswirtschaftliche Schädlichkeit eines Betriebs wie des Ihrigen in der jetzigen Zeit. Auch dem von Ihnen erzeugten Blutnährmittel kann ein besonderer Wert nicht zugesprochen werden. Es muß vielmehr als zweckmäßiger bezeichnet werden, das zur menschlichen Ernährung geeignete Blut der Schlachttiere der allgemeinen Volksernährung in Form von Blutwurst, Blutbrot oder ähnlichen einfachen Zubereitungen zugänglich zu machen, als durch die naturgemäß mit Kosten verbundene Herstellung eines besonderen Präparats."

Diese Anschauungen hätten schon viel früher und überall zur Geltung kommen sollen. Gewaltige Mengen Nahrungsmittel sind schon von der berühmten „Freiheit des Handels" wahnsinnig verteuert worden, weil sie zu allerlei Kunstprodukten verarbeitet wurden. Vermehrt haben sich die Nährwerte dadurch nicht, vermehrt haben sich nur die Banknoten der „Erfinder" und „Erzeuger". Diesem Unfug mußte schon viel früher gesteuert werden.

Beschlagnahme von Leder

Am 20. Oktober 1917 ist eine neue Bekanntmachung betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder an Stelle der bisher in Geltung gewesenen Bekanntmachungen vom 5. August 1916 und vom 1. April 1917 getreten. Die Höchstpreise für Leder sind verändert und teilweise herabgesetzt worden. Außerdem sind umfangreiche Bestimmungen über die Bewertung des Leders getroffen worden, durch die nach Möglichkeit auf eine Verbesserung der Ware hingewirkt werden soll. Während bisher gewisse Lederarten noch nicht von der Beschlagnahme erfaßt waren, ist nunmehr alles Leder in jeder Form (auch Abfälle), soweit es sich im Eigentum, Besitz oder Gewahrsam einer Gerberei, Zurichterei oder Gerbervereinigung befindet, beschlagnahmt. Die Veräußerung und Ablieferung des beschlagnahmten Leders ist genau geregelt. Die Bekanntmachung enthält eine große Zahl wichtiger Einzelbestimmungen. Ihr Wortlaut ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Beschlagnahme von Gerbstoffen

Mit dem 19. Oktober 1917 ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Veräußerung, Verwendung und Meldepflicht von pflanzlichen Gerbstoffauszügen und künstlichen Gerbmitteln in Kraft getreten. Die Bekanntmachung betrifft die Auszüge aus pflanzlichen Gerbstoffen jeder Art sowie die künstlichen Gerbmittel.

Die Bekanntmachung ordnet die Beschlagnahme sowie eine Pflicht zur Auskunftserteilung über die betroffenen Gegenstände an. Trotz der Beschlagnahme bleibt die Veräußerung, Lieferung und Verwendung bestimmter Gerbstoffe in einer näher geregelten Weise unbeschadet der sonst bestehenden Bestimmungen und besonderer Anordnung der Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums gestattet.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Aus Westpreußen

Der Ernährungsausschuß in Ohra

nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu den unsinnigen Gerüchten, die von einzelnen übelwollenden Personen verbreitet werden. Gelingt es, die Uebeltäter zu ermitteln, dann werden sie zur Verantwortung gezogen. Allgemein sind die Klagen über die schlechte Beschaffenheit der Butter. Sie enthält zu viel Wasser. In den Fässern befindet sich oft noch das Umschlagpapier der einzelnen Butterlieferanten. Dagegen ist Beschwerde erhoben, die als berechtigt anerkannt wurde. Der Kartoffelzuschlag für Schwerarbeiter fällt auf Beschluß des Kreisausschusses fort. Dafür ist die Wochenmenge allgemein auf 8 Pfund festgelegt. Von behördlicher Seite ist Ohra eine größere Menge Kartoffeln, den Zentner für 7 Mk., zugewiesen worden. Da der Verkaufspreis für den Zentner 6,90 Mk., und der Kleinverkaufspreis 7½ Pf. pro Pfund beträgt, wird die Gemeinde bei dem Geschäft schlecht abschneiden. Mit Petroleum ist Ohra schlecht versorgt. Vom Kommunalverband wurden Anfang September 350 Liter abgegeben, die bis Ende Oktober reichen sollen. Es erhielt jeder Haushalt, der nicht über Gas oder elektrisch Licht verfügt, ½ Liter Petroleum, das ist natürlich längst verbraucht. Nur wenige Glückliche können sich Kerzenlicht erlauben. Kostenpunkt 1 Mk., Brenndauer 2 Stunden!

Die Heranschaffung von Brennholz macht Schwierigkeiten, weil die Fuhrleute für die Anfuhr des Holzes Pferdefutter verlangen.

Trotz Briefe, Telegramme usw. an die zuständigen Stellen erhält Ohra keine Kohlen. Von den versprochenen 620 Tonnen sind vor drei Wochen 330 Zentner angekommen. Soll Ohra bei der Verteilung von Kohlen ausgeschaltet werden? Mit banger Sorge blickt die Bevölkerung auf den nahenden Winter.

„Vaterländische" Taten

Zieses russische Torpedo-Lieferungen

Zu den Gründern der „Deutschen Vaterlandspartei" gehört in erster Reihe der jetzige Inhaber des Millionenbesitzes der Schichau-Werke, die bekanntlich fast nur Kriegslieferungen herstellen. Herr Ziese gründete bereits 1912, vornehmlich zu Wahlzwecken, die lokale Elbinger „Vaterländische Partei". Und jetzt wieder 1917 die größere Königsberger. Beide wenden sich nicht gegen ausländische Feinde, sondern gegen Deutsche, die der vielfache Millionär nur ihrer Anschauungen wegen für nicht „patriotisch" genug hält. Durch die „Deutsche Vaterlandspartei" bekämpft er sogar die Anhänger eines Verständigungsfriedens, die kein Volk unterjochen und nicht dulden wollen, daß sich die Völker endlos im unsinnigen Wettrüsten zugunsten der Kriegsspekulanten und des Rüstungskapitals ausbeuten.

Wie würde Ziese aber erst gegen solche Deutsche zürnen, die unsern gegenwärtigen Feinden jahrelang für schnödes Geld gefährliche Waffen lieferten, die sie jetzt gegen Deutschlands kämpfende Söhne verwendet? Doch diese Frage können wir am besten auf Grund von Tatsachen, die niemand besser als Ziese kennt, praktisch nachprüfen.

Vor uns liegt ein Werk, das sich betitelt: Der deutsche Schiffbau 1907—1912 von Lehmann-Felskowski (Verlag Boll u. Pickardt, Berlin). Eine Rundschau über die Entwicklung der deutschen Werfttätigkeit.

Da finden wir aus den Annalen der Schichau-Werft folgende Daten:

1873: Eintritt des Ingenieurs Karl H. Ziese, jetzigen Inhabers der Firma (und Schwiegersohn des alten Schichau).

1877: Bau des ersten Torpedobootes für die kaiserlich russische Marine.

1884: Beginn des Baues von Torpedobooten für die deutsche Kriegsmarine.

1888: Lieferung des seinerzeit schnellsten Schiffes der Welt, des russischen Hochseetorpedobootes „Adler".

1898: Lieferung von vier Torpedoboot-Zerstörern an China mit 36,7 Knoten Geschwindigkeit, damals die schnellsten Schiffe der Welt.

1898: Lieferung des Kreuzers „Nowik" an die kaiserlich russische Marine von 26 Knoten Geschwindigkeit, der damals der schnellste Kreuzer der Welt war.

1911: Lieferung der Torpedokreuzer „Cordoba" und „La Plata" für die argentinische Marine, welche damals mit 36,8 Knoten Geschwindigkeit die schnellsten Schiffe der Welt gewesen sind.

Also: nach Rußland, nach China und Argentinien, an Militärmächte, die gegenwärtig auf der anderen Seite der Weltkoalition stehen, hat der erfolgreiche Ingenieur und jetzige Führer in der alldeutschen Vaterländerei sein Können erprobt und ihnen die besten Schiffe geliefert.

Erst sieben Jahre später, nachdem Ziese für die Russen die ersten Torpedoboote gebaut hatte, beginnt im Jahre 1884 auf der Elbinger Werft der Bau der ersten Torpedoboote für die deutsche Marine!

Nachdem also die russische Marine zuerst die Erfahrungen und Konstruktionserfolge deutscher Arbeit mit der neu aufstrebenden Waffe erproben konnte, hatte die Elbinger Werft erst sieben Jahre später Gelegenheit, der deutschen Marine die Erfolge deutscher Erfindungsarbeit und Fabrikation zur Verfügung zu stellen. Gerade das Debut für Rußland ist für Herrn Ziese der Anfang des Erfolges auf dem Gebiet des Torpedowesens geworden.

Wenn auch Ziese kaum geneigt sein dürfte, wegen dieses Verhaltens ein scharfes „vaterländisches" Gericht abzuhalten, so werden das seine Mitarbeiter Dr. Körte, Kapp und Tirpitz gewiß um so gründlicher besorgen. Es wird uns eine große Freude sein, unsern Lesern ihr Urteil mitzuteilen.

Marienburg, 10. Oktober. Ein Einbrecher, dessen ganzes Leben in einer Kette von Zuchthaus- und Gefängnisstrafen besteht, hatte sich in der Person des 43jährigen Arbeiters Julius Mahlke, der in Stegen (Kreis Danziger Niederung) beheimatet ist, vor der Strafkammer in Elbing zu verantworten. M. verbüßt gegenwärtig wegen schwerer Einbrüche eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren. In der heutigen Verhandlung wurde ihm vorgeworfen, in Altenau bei Neuteich und in Lupushorst und Gr. Mausdorf im Landkreise Elbing zahlreiche Einbrüche und Diebstähle ausgeführt zu haben. Mahlke wurde zu 3 Jahren Zuchthaus zusätzlich verurteilt.

Ein menschliches Schicksal, das sich fast ausschließlich in der Abbüßung von Freiheitsstrafen, die doch bessern sollen, erfüllt, beweist, wie verfehlt die nur strafende Rechtsprechung ist.

Verbot der Mietserhöhungen in Thorn aufgehoben.

Thorn, 14. Oktober. W. T. Der Gouverneur von Thorn hat die Anfang Juli für seinen Befehlsbereich erlassene Verordnung, nach der Erhöhungen des Mietszinses für Wohnungen aller Art und Geschäftsräume der Kleinkaufleute und Handwerker während des Krieges verboten wurden, nunmehr aufgehoben.

Thorn, 9. Oktober. Wegen Totschlags seiner Ehefrau war vor dem Schwurgericht der Rentenempfänger Görke aus Briesen angeklagt. Görke ist eines Tages mit seiner Frau in einen Streit geraten, da sie von ihm Geld zu einer Reise nach Dt. Eylau zum Besuche einer Tochter verlangte. Im Verlaufe des Streites ist es zu einem Ringen gekommen, wobei Görke die Frau durch starkes Zudrücken des Mundes erwürgt hat. Die Geschworenen erachteten den Angeklagten nicht des Totschlages, sondern nur der Körperverletzung mit nachfolgendem Tode schuldig, versagten ihm aber mildernde Umstände. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte 12 Jahre Zuchthaus beantragt.

— **Schweres Unglück eines westpreußischen Ferienzuges.** W. T. B. Hannover, 16. Oktober. (Amtlich.) Am 16. d. M. hat sich im Hauptbahnhof Schönhausen an der Strecke Berlin—Stendal ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet. Der Kindersonderzug 2240, von Tuchel nach Essen, der Stadtkinder aus der Provinz Westpreußen nach der Heimat zurückbrachte, ist gegen 5 Uhr morgens, anscheinend infolge Nichtbeachtens eines Haltesignals, auf einen im Bahnhof haltenden Güterzug aufgefahren. Mehrere Personenwagen sind zertrümmert, 25 Kinder und ein Schaffner tot, 15 Kinder und eine Begleiterin sind teils schwer, teils leichter verletzt und im Stendaler Johanniter-Krankenhaus untergebracht. Der Betrieb wird aufrechterhalten. Das „Berl. Tageblatt" teilt mit, daß der Zug der Kinder im Bahnhof Schönhausen mit großer Kraft auf einen haltenden Güterzug auffuhr. Von den 52 Ferienkindern wurden 25 sowie ein Schaffner getötet und weitere 15 und eine Begleiterin mehr oder weniger schwer verletzt.

Aus der Partei

An die Genossinnen!

Der Monat Oktober soll ein allgemeiner Werbemonat unsere Frauenbewegung sein. Es gilt die Vorbereitungen schleunigst zu treffen. Das Material ist den Organisationsleitun zugegangen. Sie werden sich mit den am Ort tätigen Genossin verständigen, wie die Arbeit am besten durchzuführen ist. Wo noch nicht geschehen ist, müssen sich unsere tätigen Genossin darum bemühen.

Jede Genossin muß für das Gelingen der Sache intere werden. Mit einem zur Arbeit aufmunternden Brief muß ihr Werbematerial (Flugblätter, Broschüren, verschiedene Nummern „Gleichheit" und Aufnahmescheine) zugestellt werden. Es ist wendig, daß unsere Genossinnen diese Schriften selber aufmerk lesen, daß sie ferner gerade jetzt die Tageszeitungen verfolgen, darin wertvolle Beiträge führender Genossinnen und Genossen Frauenfrage erscheinen werden.

Die Frage: wo und bei wem agitieren wir? ist gewiß schwer zu beantworten. Es stehen viele abseits, die zu uns gehö und gewonnen werden können. Die Kriegerfrauen, die in der er Verwirrung ihre Mitgliedschaft aufgegeben haben, werden, soweit erwerbstätig sind, gern wieder die kleinen Beiträge für „Gleich und Mitgliedschaft im Sozialdemokratischen Verein entrichten. sie das aus Mangel an Mitteln nicht können, müssen sie von ob wieder regelmäßig zu unseren Veranstaltungen geladen werd Bei ihnen gilt es, anzufragen, ebenso bei den Frauen unserer Par genossen, soweit sie noch nicht organisiert sind; sie sind durch Lesen der Parteipresse und durch ihre Männer schon für den danken der politischen Organisation vorbereitet. Unzählige Fra stehen heute in der Erwerbsarbeit, sie fühlen den Druck der beutung, ihre Berufs-, Mutter- und Hausfrauenpflichten sind unter großen Mühen und persönlichen Opfern und auch dann mangelhaft miteinander zu vereinigen. Hier erwächst unsern eb falls erwerbstätigen Genossen und Genossinnen eine schöne Pfli

Zur Hausagitation und für die Werbearbeit in Werkstatt Betrieb empfiehlt es sich, daß wir das Flugblatt und die „Gle heit" abgeben mit der freundlichen Bitte, es doch einmal zu le und daß wir dann nach einigen Tagen mit dem Aufnahmeschein der Hand noch einmal nachfragen, ob die Freundin oder Kolle zur Aufnahme in die Partei und zum Abonnement auf die „Gle heit" bereit ist.

Oeffentliche Versammlungen oder Frauen-Mitgliederversam lungen mit geladenen Gästen (Frauenabende), gut vorbereit leiten am besten die gesamte Werbearbeit ein.

Genossinnen, die Arbeit ist notwendig, zeigen wir, daß ihrer gewachsen sind!

10 000 neue „Vorwärts"-Abonnenten

hat allein der Monat Juli gebracht. Das ist ein wertvolles für die Ausbreitung der Sozialdemokratie und die Würdigung ih Friedensarbeit durch die Arbeiterschaft. In seiner „unabhängige Zeit war der Abonnentenstand des „Vorwärts" mit Riesenschrit zurückgegangen. Sein neuer Aufschwung ist deshalb doppelt erfr lich. Er wird auch unsere Freunde zu weiterer Arbeit für ihr Bl anspornen.

Gewerkschaftliches

Die Internationale Gewerkschaftskonferenz

faßte den Beschluß, an die Regierungen der kriegführenden Völ das Ersuchen zu richten, der Arbeiterklasse im Friedensvertrage e Mindestmaß von Schutz und Rechten zu sichern, das in allen Länd durchgeführt werden muß.

Danach sollten in den Friedensvertrag Bestimmungen z Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechtes und zur Dur führung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Konfere hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wer für den geeignetsten Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusamme wirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform. Sie st in dieser Frage eine Reihe von Leitsätzen auf. Die internation Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel ist im Frieden vertrag ausdrücklich als Organ zur Durchführung der Forderung d internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen. Das von ihr unte haltene internationale Arbeitsamt hat alles sozialpolitische Materi zu sammeln und in den drei Hauptsprachen herauszugeben. D Leitsätze wurden von dem Kongreß einstimmig angenommen.

Die Konferenz erwartet von den Regierungen aller an d Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Festsetzu des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen auch Ve treter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden. Mit d Annahme dieser Resolution waren die Geschäfte der Konferen erledigt.

Präsident Schneeberger stellte fest, daß die Konferenz ei nützliche Arbeit geleistet habe. Wenn es auch nicht gelungen sei, vo läufig wieder die ganze Internationale zusammenzubringen, sei do ein Schritt auf diesem Wege gemacht, so daß in absehbarer Zeit d vollständige Vereinigung erzielt werden könne. Legien gab hierz folgende Erklärung ab: Alle Vertreter der Gewerkschaften Deutsch lands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuz stimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen U ständen den Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutsch land behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, we insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt wurde, daß ei Sitzverlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum geg Deutschland sei. Der internationale Gewerkschaftsbund kann n erhalten bleiben, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zuei ander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit si zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutsch lands bereit, über die Sitzverlegung des internationalen Gewer schaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln. Die Konferenz beschlo sodann einstimmig die Absendung eines Telegramms an die itali nischen und französischen Landeszentralen. Die Mitglieder d Gewerkschaftskonferenz sprechen darin besonders den französische Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, d internationale Konferenz zu beschicken und drücken die Hoffnung au daß die Vertreter der französischen und italienischen Landeszentrale an der nächstfolgenden internationalen Konferenz teilnehmen werde damit der Antrag auf Reorganisation des internationalen Gewer schaftsbundes dann zur Behandlung und Erledigung kommen der internationale Gewerkschaftsbund machtvoller als je im Intere der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann. Nachde Legien den Schweizern für ihr Bemühen, eine Verständigung alle Landeszentralen herbeizuführen, gedankt hatte, schloß die Konferen

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Russische Friedenswünsche

Stockholm, 9. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Sowjetzentrale sandte dem französischen Sozialistenkongreß in Bordeaux telegraphisch Grüße. Gleichzeitig hebt sie die Notwendigkeit des Wiederaufbaues der Internationale hervor. Es ist nicht ausgeschlossen, so heißt es in der Depesche weiter, daß die Imperialisten des ganzen Erdkreises hinter dem Rücken des Proletariats ein Komplott gegen die Demokratie schmieden. Kürzlich gingen Gerüchte über ein deutsches Friedensangebot an Rußlands Verbündete auf Kosten der Russen umher. Ein solcher Kriegsausgang wäre nicht nur die Niederlage der russischen Revolution, sondern der internationalen Demokratie. Die ganze russische Demokratie weist entrüstet solche Liquidierung des Krieges zurück und erhofft die Unterstützung der Demokratie der ganzen Welt. Mit Kornilow ist die Gefahr der Gegenrevolution nicht beseitigt; **sie nährt sich von der aus der Kriegsverlängerung resultierenden innerpolitischen Lage. Ohne den baldigen demokratischen Frieden ist die russische Revolution äußerst bedroht.** Wir erwarten daher von dem französischen Proletariat die Unterstützung unserer Revolution, und zweifeln nicht, daß Bordeaux den französischen Beschluß, an den Verhandlungen in Stockholm teilzunehmen, bestätigt **und die notwendigen Kampfmittel zu seiner Durchsetzung findet.**

Bestimmter als vorstehende, von Axelrod und Goldenberg übermittelte Depesche lautet der von Axelrod namens des menschewistischen Zentralkomitees übermittelte telegraphische Gruß. Aus dieser Depesche geben wir Nachstehendes wieder: Das französische Proletariat ist auf dem Kongreß zu einem entscheidenden Wort über die Fortdauer der Weltmetzelei berufen. Die russische Revolution ist in Todesgefahr. Die Fortdauer des Krieges vergrößert die Anarchie, stärkt die Gegenrevolution. Nur schleunigster, allgemeiner demokratischer Friede ohne Kontribution und ohne Annexionen auf der Basis der Völkerautonomie kann den Sieg der Revolution verbürgen. Zur Vernichtung der Revolution würde die europäische Reaktion nicht einmal vor dem Sonderfrieden auf Kosten der Russen zurückschrecken. Wir drücken darum die Ueberzeugung aus, daß Bordeaux unverzüglich die Einberufung der Stockholmer Konferenz selbst gegen den Willen der imperialistischen Regierungen beschließt.

Auch hier leider wieder die grundfalsche Meinung: Krieg für den Frieden, genau so, wie die neue russische Regierung die Fortsetzung des Weltmordens zu rechtfertigen sucht.

Friedensneigung in der Entente

Berlin, 13. Oktober. Die „National-Zeitung" meldet von der russischen Grenze: „Djen" meldet, daß die Vorarbeiten für die mehrfach verschobene Kriegszielkonferenz der Entente nunmehr endgültig zum Abschluß gekommen sind. Die Konferenz wird aller Voraussicht nach am 10. November in London stattfinden. **Man wird in London versuchen, das Friedensprogramm der Zentralmächte, so weit es sich gegenwärtig erkennen läßt, das Friedensprogramm der russischen Demokratie, das Programm Wilsons und die Kriegsziele Frankreichs und Italiens zu einer Grundlage zu verschmelzen, auf der sich möglicherweise ernsthafte Vorverhandlungen zum Abschlusse des Friedens anbahnen lassen. In London wird ernsthaft geprüft werden, ob die letzten Erklärungen der Staatsmänner Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei ehrliche und vertrauenswerte Punkte enthalten. Hier wird auch der endgültige Entscheid über den päpstlichen Friedensvorschlag fallen. Das Blatt Kerenskis betont, daß Rußland auf der Konferenz mit allen Mitteln für den Abschluß eines schnellen allgemeinen Friedens eintreten werde. Dasselbe Blatt meldet, daß gegenwärtig ein Meinungsaustausch über die elsaß-lothringische Frage zwischen den Regierungen der Ententestaaten stattfindet.**

Deutschland

Das „vaterländische" Programm

Gegen den Aufruf der „Vaterlandspartei" wendet sich in der hannöverschen „Deutschen Volkszeitung" der Hauptmann a. D. v. d. Decken-Hannover. Dieser Protest erscheint uns um so beachtenswerter, als es sich bei dem Verfasser um eine durchaus konservativ gerichtete Persönlichkeit handelt. Herr v. d. Decken kennzeichnet den Aufruf der neuen Partei als „Anmaßung" und „Ueberhebung". Hauptmann v. d. D. schreibt:

„Das in Not und Tod erprobte deutsche Volk **empfindet es als eine Verdächtigung und Kränkung, wenn eine neue Partei sich anmaßt, ihm zuzurufen:** kommt zu uns, damit wir euch vor dem „Erbübel der Uneinigkeit und Parteiung" **schirmen** und schützen, damit wir euch davor bewahren, „nervenschwache" Kreaturen zu werden! Und die nach Ansicht der „Vaterlandspartei" nicht „kraftvolle Reichsregierung", die, vaterlandsparteilich gesprochen, in „**schwächlichem Nachgeben nach innen und nach außen**" die Zeichen der Zeit deutet, **auch sie wird sich vermutlich bestens bedanken für die anmaßenden Bevormundungen dieser „starken" Vaterlandsparteiler!**"

Den Grundton des Aufrufs erblickt Herr v. d. Decken in dem parteipolitischen Teil, **nämlich in dem Kampf gegen die Verwirklichung der kaiserlichen Osterbotschaft in bezug auf innere Reformen.** Er sagt zu:

„So betrachtet, erscheint entweder der Aufruf innerlich unwahr, **weil er behauptet,** jede innere Zwietracht vermeiden, jeden inneren Hader vergessen zu wollen, **oder aber die Vaterlandspartei ist gänzlich überflüssig und hat keinerlei Existenzberechtigung.** Tatsächlich aber ist die Tendenz jenes Aufrufes im wesentlichen Teile parteipolitisch, denn er richtet sich **gegen die durch die kaiserliche Osterbotschaft feierlichst versprochenen, den Wünschen zahlreicher Volksparteien entsprechenden, in maßvollen Grenzen durchaus berechtigten innerpolitischen Reformen.** Insofern also ist die neue Partei eine durch und durch parteipolitische Gründung, und schon aus diesem Grunde ist sie, trotz ihrer nicht ungeschickten und auf manche zunächst sympathisch wirkenden Aufmachung, und obwohl man manches darin Stehende unterschreiben kann, grundsätzlich vom Uebel, und zwar gerade deshalb, weil es richtig ist, was die Vaterlandsparteiler sagen, daß wir jetzt mehr denn je eine kraftvolle Regierung und ein einiges Volk brauchen, einig im Willen zum Kämpfen, Durchhalten und Siegen. **Nicht aber eins mit den verneinenden und daher innere Zwietracht säenden innerpolitischen Wünschen und Zielen der alldeutschen Gründer der Deutschen Vaterlandspartei!**"

Auf die Phrase vom „Hungerfrieden" endlich antwortet der Kaiser, daß es sich hierbei um nichts als Mache handle. „Wer will denn einen Hungerfrieden? Der Kaiser, die Regierung, die Heeresleitung? Oder das Volk, die Massen, die Kämpfer draußen an allen Fronten?"

„Der Kaiser, die Regierung, die Reichstagsmehrheit, alle verfassungsmäßig Berufenen und Verantwortlichen entschließen sich zur öffentlichen Bekundung ihrer grundsätzlichen Friedensbereitschaft. Und als Antwort tönt ihnen aus alldeutschen und allerdeutschesten Organisationen aller Art entgegen: „Ihr wollt einen Hungerfrieden!" **Und mit dieser Unterstellung geht der darin vielbewährte, aus der Bethmann-Hetze unrühmlich bekannte Herr Kapp an die unsaubere Arbeit, die „Volksseele" zum Kochen zu bringen,** und die ihm dienstbare Presse macht in Artikeln, in denen zu lesen steht, daß ihre Verfasser die wahre „Volksstimmung", die „Meinung der deutschen Oeffentlichkeit" wiedergäben."

So findet Herr v. d. Decken an dem Aufruf als das einzig Erfreuliche, daß sich die Vaterlandspartei mit dem Tage des Friedens wieder auflösen wolle. „Möchte dieser Tag bald kommen," meint er. In diesem Wunsche wird die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes mit ihm einig sein. (B. T.)

Die „harmlose" Vaterlandspartei

Der Vorstand der „Deutschen Vaterlandspartei" hat in einem Rundschreiben an die Landesvereine und Ortsgruppen die Ziele und Aufgaben der Partei — klargelegt. Nach dem Kommentar der alldeutschen Blätter liefert dieses Rundschreiben „den bündigen Beweis, daß die Partei mit innerer Politik nichts zu tun hat". Das wird allerdings fraglich, wenn man gleich zu Anfang folgenden Satz liest:

„Die Deutsche Vaterlandspartei will Stütze und Rückhalt sein für eine kraftvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß."

Was meint man denn wohl mit „dem schwächlichen Nachgeben nach innen"? Bisher bedeutete das in der alldeutschen Sprache das Nachgeben gegen die Forderung auf innere Neugestaltungen unserer Verfassungsverhältnisse.

Im übrigen ist das Rundschreiben sehr vorsichtig abgefaßt. Es sucht die wirklichen Ziele der Partei hinter allgemeinen vieldeutigen Phrasen zu verbergen, deren Vieldeutigkeit aber für die tatsächliche Beurteilung dadurch ganz belanglos wird, daß alle diese Redensarten von den Alldeutschen seit jeher in ganz bestimmtem Sinne aufgefaßt werden. Besonders vorsichtig drückt sich das Rundschreiben um die Frage der preußischen Wahlrechtsreform herum. Die Vaterlandspartei nimmt angeblich „keine Stellung zu der preußischen Wahlrechtsreform", sie will aber verhindern, daß die Erörterungen hierüber zu dem unheilvollen Zustande dauernden Zwistes führen", und verpflichtet deshalb die Mitglieder, „mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschlusse der innere Zwist ruht". **Also auf gut deutsch: die Vaterlandspartei tritt für möglichste Verschleppung der Wahlreform bis nach dem Kriege ein.**

Die Art, wie man sich hier harmlos und bieder zu geben sucht, hat wohl ihre bestimmten Gründe. Der Vaterlandspartei ist offenbar die sozialdemokratische Interpellation in die Glieder gefahren. Da man die schweren amtlichen Beeinflussungen zugunsten der Vaterlandspartei nicht ableugnen kann, so sucht man jetzt der Sache ein möglichst unschuldiges Ansehen dadurch zu geben, daß man vor der Oeffentlichkeit der ganzen Bewegung ein recht wenig aggressives Aussehen gibt. Aber eine kleine Sammlung der Reden, die von den Agitatoren dieser Partei bisher in Stadt und Land gehalten worden sind, macht die ganze Maskerade zunichte. (V. 273.)

Auf was wir verzichten

Graf Reventlow, Fürst Salm-Horstmar und ähnliche Männer des Volkes schwören in Uebereinstimmung mit den führenden Männern der schwerindustriellen Alldeutschen darauf, daß Deutschland zu Grunde gehen müsse, wenn der „Scheidemann-Frieden" zustandekomme, dieser „Schmachfrieden", der ein „Verzichtfrieden" sei.

Es scheint uns zeitgemäß, einmal daran zu erinnern, daß Genosse Scheidemann den alldeutschen Unsinn von dem Verzichtfrieden schon einmal im Reichstag — am 15. Mai 1917 — treffend gekennzeichnet hat:

„Ueber den Frieden der Verständigung, für den wir allezeit eingetreten sind, höhnen die Alldeutschen als über einen „Verzichtfrieden", wie der Herr Abgeordnete Roesicke darüber gespottet hat.

Was soll das heißen, auf was verzichten wir überhaupt?

Wir verzichten auf die Fortsetzung dieses Krieges;

wir verzichten auf hunderttausende Tote und hunderttausend Krüppel;

wir verzichten auf tägliche Lasten von hundert Millionen;

wir verzichten auf die weitere Verwüstung Europas;

wir verzichten aber auf kein Stück deutschen Landes und kein Stück deutschen Gutes;

wir verzichten auf das, was wir gar nicht besitzen;

wir verzichten auch auf die Illusion, daß der Krieg einen Gewinn bringen wird, der uns nicht zusteht, für den wir weitere furchtbare Opfer bringen müßten und den wir doch nicht erreichen würden;

wir verzichten darauf, andere Völker zu vergewaltigen und zu unterdrücken;

wir verzichten aber nicht darauf, daß das deutsche Volk als ein freies Volk aus diesem entsetzlichen Kriege hervorgeht. Das nennen die Alldeutschen einen „Verzichtfrieden".

Worauf wir verzichten, das sind die Alldeutschen und ihre dummen Schwätzereien."

Verhaftung der Frau Luise Zietz

Berlin, 12. Oktober. Die im Reichstag erwähnte Verhaftung der Frau Zietz erfolgte, wie der „Lok.-Anz." erfährt, durch den beauftragten Untersuchungsrichter des Oberreichsanwalts. Frau Zietz verwaltete das Bureau der „unabhängigen" Partei und hatte in dessen Räumen mit Angehörigen der Marine in der vom Reichskanzler Dr. Michaelis und vom Staatssekretär von Capelle am 9. Oktober erwähnten Angelegenheiten längere Konferenzen.

Der „Vorwärts" sagt zu dieser Verhaftung:

„Aller Wahrscheinlichkeit nach war die Verhaftung der Frau Zietz schon vor dem 9. Oktober beschlossen. Um so unbegreiflicher wäre dann aber die Ummünzung dieser Rechtsangelegenheit zu einer politischen Streitfrage. Allerdings, der Name der Frau Zietz ist in der Debatte nicht genannt worden. Aber die Verhaftete steht zu den drei Abgeordneten im allgemeinen und besonders in dieser Sache in so enger Beziehung, daß man mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit sagen kann: Ist sie schuldig, dann sind es die drei Abgeordneten auch, und sind die drei Abgeordneten nicht schuldig, dann ist sie es auch nicht. Niemand kann daran zweifeln, daß ihre Verurteilung ein Triumph für die noch immer gegenwärtige Regierung wäre, sowie für die Rechte, die sich mit fanatischem Parteieifer schon auf die Schuld ihrer drei Mitbeschuldigten verbissen hat, und daß ihre Freisprechung für sie die schwerste politische Niederlage bedeuten müßte. Und dieser Prozeß soll hinter verschlossenen Türen geführt werden! Was soll daraus werden?"

Für ein freiheitliches Gemeindewahlrecht

hat sich die Stadtverordneten-Versammlung in Berlin am Donnerstag mit allen gegen nur 7 Stimmen ausgesprochen. Die sozialdemokratische Fraktion forderte, wie wir bereits berichteten, das direkte, gleiche, geheime und allgemeine Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechtes. Die liberalen Stadtverordneten Cassel und Genossen brachten einen allgemein gehaltenen Antrag ein. Ohne Aufstellung bestimmter Forderungen verlangte dieser eine gemischte Kommission des Magistrats und der Stadtverordneten zur Förderung eines Gemeinde-Wahlrechtes, das modernen sozialen Anforderungen entspreche.

Oberbürgermeister Wermuth, der frühere Staatssekretär, erklärte sich für die Kommission. Dabei führte er aus: Die Neugestaltung der Gemeindeverfassung sei der Endpunkt des Weges, der durch mehrere Etappen, nämlich Reform der Staatsverfassung, insonderheit Zusammensetzung des Landtages, und Reform der inneren Landesverwaltung, namentlich der Staatsaufsicht über die Gemeinden und die Verfassung Groß-Berlins, bezeichnet sei. Alle Kämpfe in Berlin und Groß-Berlin hätten letzten Endes ihre Ursache in den Mängeln der Landesverfassung und der Landesverwaltung, die es der Abneigung gegen die Selbstverwaltung ermöglichten, sich mit Uebermacht zu betätigen. Ein freudig begrüßtes Königswort verhieß die Einbringung einer Vorlage, die den Grundstein der ganzen Reform bilde. **Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Ausführung der Verheißung auf halbem Wege verbliebe.** Durchhalten heiße es auch hier.

Möge diese Einsicht von recht vielen Stadtverwaltungen vertreten und nachhaltig gefördert werden. Erst das freie, nicht von eigensüchtigen Interessen gefesselte Wahlrecht wird die Kräfte freimachen, die die Gemeinden zu wahren Kulturstätten entwickeln wollen und können.

Die „Aufklärung" an der Front

Uns wird, schreibt der „Vorwärts", von der Front ein Flugblatt zugeschickt, als dessen Verfasser der Schweizer Pfarrer Bolliger bezeichnet wird. Darin wird gegen die Reichstagsmehrheit in folgenden Tönen polemisiert:

Aber nachdem sie Gott aus drei Nöten errettet hat, ist nun für die Deutschen die vierte und schlimmste gekommen: im Innern ist ein Feind aufgestanden. Deutschland, das bei seiner Einigkeit so herrlich dastand, ist, unter Führung der Reichstagsmehrheit bereit, als ein törichter Esau all die im heißen Kampf gewonnenen Vorteile für ein Linsengericht oder auch gar für nichts hinzugeben.

Die Soldaten werden so über die wahre Stimmung in der Schweiz getäuscht. Es wird ihnen nicht gesagt, daß Pfarrer Bolliger unter hunderttausend Schweizern auch nicht einen Gesinnungsgenossen findet. Das Flugblatt soll, wie uns geschrieben wird, in Massen an der Front verbreitet werden.

Kosciusko-Feiern in Posen

Posen, 12. Oktober. („Berl. Tagebl.") Auf in Berlin gemachte Vorstellungen wurden Feiern zum Andenken an den polnischen Freiheitshelden Kosciusko in der Provinz Posen gestattet.

Kosciusko war der letzte Feldherr der polnischen Republik. Am 15. Oktober 1817 starb er in Vevey am Genfer See in der Schweiz infolge eines Sturzes mit dem Pferde. Seine größten Waffentaten sind im Mai 1791 die heldenhafte Verteidigung des verschanzten Lagers bei Dubienka. Dann der Sieg bei Rochawize am 4. April 1794 gegen die Preußen und Russen. Am 10. Oktober 1794 schlug er die Uebermacht der Russen noch dreimal zurück, ehe sie ihn überwältigten und er selbst gefangen wurde. Aus Verzweiflung über das Schicksal seines unglücklichen Volkes, das auch sein Heldenmut nicht wenden konnte, soll er das berühmte: Finis poloniae (Polens Ende) gerufen haben. Das Wort steht geschichtlich nicht fest. Bewährt hat es sich auch nicht. Lebendig blieb trotzdem die Hoffnung aller polnischen Patrioten: Polen ist noch nicht verloren! Kosciuskos Heldenruhm wurde nicht zuletzt im Kampf gegen Preußen, den russischen Verbündeten, gegen den polnischen Freiheitskampf errungen. Umso bemerkenswerter ist die Gestattung der Erinnerungsfeiern für den Freiheitshelden.

Ein Gottesmann zum „Quietschen"

Des Pastors Herzenswunsch.

Im Dortmunder „Kirchlichen Anzeiger" versteigt sich ein Herr Pastor Bartels in der politischen Wochenübersicht zu folgendem Spruch:

„Die ungeheure Mehrheit der Deutschen will nicht ihre Geschicke von Agitatoren wie Erzberger und Scheidemann geleitet wissen, sondern von klarblickenden kühnen Staatsmännern wie Tirpitz, und Millionen und aber Millionen würden der Regierung zujauchzen, **wenn sie die sogenannte Reichstagsmehrheit an die Wand drückte, daß sie quietschte.**"

Nun wollen wir den Herrn Pastor nicht fragen, woher er das weiß. Auch die Tatsache, daß man ein evangelischer Gottesmann und unentwegter Heimkrieger zugleich sein kann, braucht nicht erst durch Herrn Bartels bewiesen werden.

Nur eins möchten wir ihm in Hinblick auf seine Amtswürde empfehlen: In der nächsten Sonntagspredigt nicht etwa auf das Thema „Christliche Demut" oder gar auf das Jesuwort von der rechten und der linken Wange zu verfallen, es könnten sich sonst Leute zum „Quietschen" versucht fühlen, die ganz und gar nicht zur vermaledeiten Reichstagsmehrheit gehören . . . (V. 275.)

Rußland

Sorge um die Manneszucht

W. T. B. **Petersburg,** 13. Oktober. (P. T.-A.) Die im Hauptquartier unter dem Vorsitze Kerenskis und in Gegenwart der Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Marine, ferner des Generalstabschefs, des Oberbefehlshabers und des neuen russischen Botschafers in Frankreich, Maklakoff, abgehaltene Beratung erörterte im Hinblick auf die interalliierte Konferenz in Paris die Frage der Erneuerung der Kampffähigkeit der russischen Armee und nahm folgenden Entwurf dafür an:

Die Manneszucht ist zu verbessern und zu diesem Zweck ist die systematische Belehrung der Soldaten, die Verwertung aller im gegenwärtigen Kriege sowohl an der russischen wie an der Westfront sich ergebenden militärtechnischen Fortschritte ins Auge zu fassen, ferner die strenge Reglung des inneren Dienstes der Soldaten und ihre Beschäftigung, welche möglichst nachdrücklich betrieben werden muß.

Die Friedenssehnsucht des russischen Volkes soll also im Interesse der „demokratischen" Millionäre der Entente unter allen Umständen erstickt werden. Der Versuch ist aber schon so oft gemacht, daß er auch jetzt ohne Erfolg bleiben dürfte.

Italien

Revolutionäre Stimmung

Ueber die Zustände in Italien entnimmt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einem Privatbrief aus Zürich vom 29. September 1917 das Folgende: „In Italien steht man gelinde gesagt, vor einem Systemwechsel à la russe. Zur Einleitung haben sie den Turiner Hauptbahnhof in die Luft gesprengt, und die umliegenden Hotels angezündet, mit Ausnahme eines einzigen, in dem Giolitti wohnte, im Hafen von Genua Schiffe angezündet usw. Die Desertionen sind überhaupt nicht mehr zu zählen: z. T. mit Maschinengewehren im Gebirge verschanzt usw., wie es heißt etwa 100 000 Mann! Die Truppen werden waffenlos an die Front transportiert und anderes. Für den Herbst steht wohl noch allerlei zu erwarten, das ich nicht schreiben mag."

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig
Verlag Volkswacht G. Gehrke & Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung G. m. b. H. Königsberg

Gesangverein Sängergruss, Danzig

Gegründet 1892 — Dirigent: Herr Lerch — Gegründet 1892

Das

25jähr. Stiftungs-Fest

begeht obiger Verein am **21. Oktober 1917** in den Räumen des „Gewerbehauses", Heil. Geistgasse 82. Das Programm hierzu ist diesmal ganz besonders gut zusammengesetzt. U. a.: **Fest-Prolog, Männer-Chöre, Frauen-Chöre, gem. Chöre.** Auftreten des Vereins-**Doppel-Quartetts.** Ausserdem ein **reizendes Lustspiel** in 3 Aufzügen

Beginn der Feier pünktlich 4 Uhr nachm. — Eintrittskarten **1.00** Mk., Mitglieder **0.50** Mk. im Vorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Sellin, Schüsseldamm

---

Total-Ausverkauf

wegen

vollständiger Geschäftsauflösung!

Uhren, Goldwaren

Bedeutend herabgesetzte Preise!

In kurzer Zeit soll mein Lager geräumt werden.

Albert Goldstein,

Langgasse 54, Ecke Beutlergasse.

274

Neue-Welt-Kalender 1918

ist erschienen u. zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32

Freymann G. m. b. H. Danzig

Preiswerte Artikel der

Schreibwaren-Abteilung

Mengenabgabe vorbehalten. 273
Nicht an Wiederverkäufer.

Für den Haushalt

Salizyl-Pergament-Papier, unentbehrlich zum Einmachen, Rolle = 2 Bogen		18 ₰
Papier-Servietten per 100 Stück	3.00 2.75	2.00
Butterbrotpapier Fettschachtein = 100 Blatt		70 ₰
Klosett-Papier		
„Deutsch" Rolle	19 ₰ 10 Rollen	1.80
„Trara" Rolle	25 ₰ 10 Rollen	2.40
„Excellenz Krepp" Rolle	48 ₰ 10 Rollen	4.50
Kassetten Große Auswahl Briefpapier in den bewährten Fabrikaten. 25 Bogen. 25 Umschläge in Seidenfutt. 3.50 3.00 2.50 2.25 2.00 1.85 1.75 1.50		1.35

Neu! **Neu!**

Deutscher Städteblock Danzig

50 Blatt bestes Briefpapier, mit 8 verschiedenen Ansichten von Alt-Danzig nach Originalen erster Künstler

Block **2.25** Mark

Ein Künstler-Sonderdruck als Einlage gratis.

Briefpapier-Packungen Bewährt, prakt. für den Feldpost-Versand. Gute Fabrikate. 25 Bogen. 25 Umschläge 1.85		1.00
Mappen Briefpapier-Füllungen. 5 Bogen. 5 Umschläge	20 12	10 ₰

Für den Geschäftsbedarf

Briefordner		1.25
Futteral		30 ₰
Briefumschläge		70 ₰
Schnellhefter		18 ₰
Schnellhefter		25 ₰
Bleistifte	35 ₰ Stück	3 ₰
Bleistifte	55 ₰ Stück	5 ₰
Bleistifte	65 ₰ Stück	6 ₰
Tintengläser	75 70 65 50 30 25	40 ₰
Briefwaagen	3.75 3.25 1.75 — 85	55 ₰
Farbenkästen	1.50 ℳ Stück	1.65

Bezugsgenehmigung für Kartoffeln.

Bezugsgenehmigungen zur Lieferung von Kartoffeln aus den Landkreisen der Provinz Westpreußen, mit Ausnahme der Kreise Danziger-Höhe, Neustadt, Behrend, Karthaus, Pr. Stargard, Schwetz, Stuhm und Tuchel, für die besondere Bezugsgenehmigungen unsererseits erforderlich sind, werden nur noch bis zum 25. Oktober ausgestellt. 271

Westpreußische Provinzialkartoffelstelle,
Sandgrube 41a.

Bekanntmachung.

Unser Speicher für Sammelgegenstände befindet sich jetzt

Danzig, Turmgasse 10.

Schriftliche Anmeldungen über gewünschte Abholungen, sowie Briefe anderer Art **Hundegasse Nr. 14** im Zigarrengeschäft von **Kodlin** — Fernsprecher 2377 — erbeten.

Im Speicher werden auch getrocknete Brennesseln und Früchte des Weißdorns entgegengenommen. 267

Provinzialverein vom Roten Kreuz für Westpreußen.

Bekanntmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 für den Stadtkreis der Festung Danzig folgendes angeordnet:

a) Sämtliche offenen Verkaufsstellen dürfen vom 16. Oktober 1917 bis auf weiteres in den Wochentagen nur geöffnet sein täglich von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.

b) Diejenigen Geschäfte, welche Lebensmittel verkaufen, dürfen täglich von 8 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends geöffnet sein. In der Zeit von 4 Uhr nachm. bis 7 Uhr abends dürfen diese Geschäfte andere Waren als Lebensmittel nicht verkaufen.

c) Die Bestimmungen über Eröffnungszeiten gelten nicht für die Verkaufsstellen von Milch.

d) Sonnabends können sämtliche Geschäfte bis 8 Uhr abends geöffnet bleiben.

e) Jede Innen- und Außenbeleuchtung von Schaufenstern, Aushängekästen usw. ist verboten.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Danzig, den 16. Oktober 1917

Der Kommandant der Festung Danzig.
J. V.
von Bismarck.
Generalleutnant. 268

Bekanntmachung.

Nr. L. 1500/8. 17. KRA — Kst. Id Nr. 449g.

Am 19. Oktober 1917 tritt eine neue Bekanntmachung betr.

Beschlagnahme, Veräußerung, Verwendung und Meldepflicht von pflanzlichen Gerbstoffauszügen und künstlichen Gerbmitteln

in Kraft, durch welche die Bekanntmachung Ch. II. 1000-4. 16 KRA. betr. Verbot der Extraktion von Gerbrinden vom 1. Juni 1916 aufgehoben wird.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 19. Oktober 1917. 269

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Echt gefaßelten garant. rein. **Schnupftabak** offeriert

Julius Gosda, Kautabakgroßhandlung und Schnupftabakfaßerei,

Danzig, Ecke Hätergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

Bekanntmachung.

Nr. L. 888/7. 17 KRA. — Kst. Id Nr. 473

Am 20. Oktober 1917 tritt eine neue Bekanntmachung L 88 17 KRA. betreffend

Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder

in Kraft, durch welche die bisher in Geltung gewesenen Bekanntmachungen Ch II 888/7. 16 KRA vom 5. August 1916 und L 8 17 KRA vom 1. April 1917 aufgehoben werden.

Der Wortlaut ist in den Regierungsamts- und in Kreisblä sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 20. Oktober 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienb

Uhren

Große Auswahl

in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhr

Weckeruhren in allen Preislagen

S. Lewy Nflgr

Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Berufskleidung

für jeden Handwerksbetrieb,

272

Aerztemäntel
Operationsmäntel

empfehlen zu mässigen Preisen

Walter & Fleck

Arbeiterinnen

finden dauernde Beschäftigung bei

Alfred Land

Kontor: Straußgasse 6
Fabrik: Gasanstalt Thornscher Weg 11

Batterien, Taschenlampen, Helius-Leuchter,

Brennstoff-Brenner, Gummilösung, Brennöl, Fahrradöl, Feuersteine, Nähmaschinen, Fahrräder in großer Auswahl billig.

Gustav Ehms,
Fahrradgroßhandlung. 1. Damm Nr. 22/23, Ecke Breitgasse.

Moderne illustrierte Zeitschrifte

Der wahre Jakob
15 Pfennig

Jugend
40 Pfennig

Simplicissimus
30 Pfennig

Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.